

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelheftepreis: Die 8-gespaltenen Seite 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gespaltenen Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Anzeigen bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2290.

Nr. 186

Mittwoch, den 11. August 1920

11. Jahrgang

Sozialdemokratie und Danzigs Verfassung. Eine sozialistische Mahnung in zwölfter Stunde.

Den Höhepunkt der gestern im Volkstage stattgefundenen Generaldebatte über die in dritter Lesung beratene Verfassung bildete unstreitig die von großen Gesichtspunkten getragene Rede des sozialdemokratischen Sprechers, Genossen Dr. Zint. Die Unabhängigen hatten durch den Abg. Raabe eine Erklärung verlesen lassen, daß sie die weitere Beteiligung an der Verfassungsarbeit als nutzlos ablehnten. Darauf verließen sie den Saal. Die Polen erklärten weitere Anträge nicht mehr stellen zu wollen, weil es doch nichts nütze. Ihre Vertreter blieben jedoch. Die Sozialdemokratie lehnte jede leere Demonstration ab. Sie blieb auch in letzter Stunde treu auf der Wacht für die Volksrechte. Noch in letzter Stunde rief sie die bürgerlichen Vertreter und ihren Bloß zur Pflicht. Für die Deutschnationalen vertrat als erster Redner des Hauses Prof. Matthei eine Ehrenrettung des Bloßes der Schmach und der schwarz-blauen Vergewaltigung. Was er sagte, konnte aber niemand überzeugen. Und selbst seine geistig doch wirklich nicht verächtlichen Parteifreunde fragten, als er ganz müde sagte, daß die drei Säulen der alten Anschauung: Religion, Vaterland und Familie hilflos schwanken. Was daran diese Verfassung ändern soll, bleibt mindestens schleierhaft. Dann nahm Genosse Dr. Zint das Wort zu einer hebeutenden Abrechnung mit den Bloßgenossen. Seine Ausführungen waren die beste Rede, die überhaupt zur Verfassung gehalten worden ist. Aus dem engen Rahmen der Danziger Verhältnisse hob er die Debatte zur Höhe grundsätzlicher sozialistischer Anschauung und zu weltgeschichtlicher Bedeutung. Dort sprach ein Mann, dem das Deutschtum nicht eine billige Phrase, sondern das heilige Fühlen inneren Bekenntens ist. Aus dieser Rede sprach der demokratische Sozialist, dessen Sozialismus bis zur Aufopferung gehende Arbeit an seinem Volke und dem Proletariat ist. Und aus ihr sprach der Idealist, dessen Reinheit selbst in den schwersten Stunden im Glauben an die Menschheit und ihre schönere Zukunft nicht verlagert. Und trotzdem stand er fest auf dem Boden der Gegenwart und rechnete entschieden ab, mit denen, die sich einflüsternd und verbündet dagegen sträubten, durch Danzigs neue Verfassung dem freien Fortschritt den Weg in friedlicher Entwicklung zu ebnen. Staatsmännisch klug, stellte Genosse Zint nicht bloß den Stand der Dinge fest, sondern er ließ den Feinden des freien Volksbaues noch jetzt jede Gelegenheit, die Günst der letzten Stunde zu nützen. Trotz der Deutlichkeit und Eindeutigkeit seiner Rede zwang der sozialdemokratische Führer gerade seine bürgerlichen Gegner in seinen Bann. Man hörte schweigend von Anfang bis Ende, selbst bei den bittersten Wahrheiten, die dem Bloß und seinen demokratischen Hütern gesagt wurden, zu, was hier die Sozialdemokratie in dieser Schicksalsstunde Danzigs als ihre Willenserklärung proklamierte. Es war wie eine ungewollte Verbeugung vor der Partei der Arbeit und des Sozialismus. Ob es aber auch eine Befreiung war? Aus den Worten des folgenden Zentrumsredners Kurowski klang sie jedenfalls nicht heraus. Der reaktionäre Wille, der sich die Menschen ohne geistige Sklavensesseln nun einmal nicht „gut“ denken kann, feierte in ihnen die Triumphe, die der Menschheit im Namen „religiöser Toleranz“ schon so schwere Opfer auferlegt haben. Schuldbehaftet schwiegen die bürgerlichen Demokraten sich völlig aus. Einige nationalistische Ausführungen eines polnischen Redners, die die nationale Freiheit bis ins Gegenstück verzerrten, schlossen die Generaldebatte.

Heute um 2 Uhr beginnt die Spezialdebatte.

Nachstehend lassen wir die

Rede des Abg. Genossen Dr. Zint

im Wortlaut folgen:

Kur der neue Zeitungslieferer, der gelegentliche Tribünenbesucher und der parlamentarische Keuling — eine Eigenschaft die wir ja alle allmählich abzustreifen im Begriffe sind — kann wahren, daß ein Gesetz durch die Reden zustande komme, die in dem Plenum der gesetzgebenden Körperschaft gehalten werden. Der Ort, wo wirklich gearbeitet wird, wo das Richtige und Zweckmäßige gesucht und gelegentlich auch gefunden wird, das sind die Ausschüsse, das sind die Fraktionsberatungen, das sind — am entscheidendsten vielleicht — die Winkel hinter den Kulissen, wo von Person zu Person, von Partei zu Partei die Beschlüsse vorbereitet und recht eigentlich gefaßt werden.

Schwerlich sind die von dieser Seite aus gehaltenen Reden nicht so durchweg überflüssig, wie es dem Eingeweihten manchmal dünken möchte. Denn sie dienen dazu, Rechenschaft abzulegen über die Ziele und Gedanken, von denen der einzelne Abgeordnete, von denen die Parteien, bei jener eigentlichen Arbeit geleitet worden.

Es liegt aber die geheime Triebfeder jener Beschlüsse und Beschlüsse Bloß, und den Geist, der sie befeuert hat. So kann es denn auch bei der jetzigen Generaldebatte zur dritten Lesung der uns vorliegenden Verfassungsarbeit noch weniger als bei der Sozialdebatte der zweiten die Aufgabe und Verantwortung des Redners sein, an dem bereits Beschlüssen noch etwas zu ändern und zu klären. Nur Rechenschaft abzulegen gilt es —

so wenigstens lasse ich meine Aufgabe auf — von der Bestimmung, mit der man an die Arbeit heranzutreten ist und mit der man dem fertigen Werk gegenübersteht.

Ein ganzes Jahr ist es jetzt her, daß man sich in Danzig mit der Verfassung der künftigen Freien Stadt beschäftigt, und daß man, zunächst in kleinem Kreise, daran gearbeitet hat. Wäre dem nicht so, wären die Vorarbeiten in jenem engeren Kreise nicht geleistet worden, so hätte diese Versammlung ihre Aufgabe nicht bewältigen können. So oder waren die angesprochenen Fäden nur zu Ende zu führen und zu einem Knoten zu verknüpfen, zu dem Anoten, mit dem unser künftiges Geschick geknüpft sein soll. Neugierig ist dies gelungen, so wie es die Aufgabe beauftragt. Ob auch sachlich, das wird die Zukunft lehren.

Ich muß es bezweifeln.

Denn der Geist, der mir aus dem jetzt vorliegenden Entwurf entgegenkommt, ist nicht der Geist der Zukunft, er ist nur zum Teil der Geist der Gegenwart. In der Hauptsache gehört er einer bestimmten, für immer überwindenen Vergangenheit an. Wenn irgendwo, so scheint an dieser Verfassung die Wahrheit des Wortes bestätigt, das

die einzige Lehre der Geschichte die ist, daß die Menschheit nicht aus der Geschichte zu lernen versteht.

Und doch waren diese Lehren eindringlich genug. Es hat diesem Hause nicht an Gelegenheiten gefehlt, den großen weltgeschichtlichen Hintergrund zu sehen: auf dem sich unsere kleine Arbeit erhebt. Ein Mitglied (Schümmer) dieser Versammlung insbesondere, das nicht meiner Partei angehört, hat das große Verdienst, ihn kürzlich vor unsern Augen entrollt zu haben. Aber es blieb ein Schauspiel, das wir schmerzhaft und erschüttert betrachtet haben, ohne daß es auf die Entschlüsse der Mehrheit dieses Hauses einen Einfluß gewinnen konnte. Aus dem Weltkrieg heraus, der mehr ist als ein Weltkrieg, der nur eine Weile ist in den Geburtswehen einer neuen Weltperiode, der erste Krampf einer noch unüberwindlichen Welterschütterung, wird unsere freie Stadt Danzig geboren. Wider Willen und blutenden Herzens vom alten Mutterlande losgerissen, sollten wir aus anderer kleiner Heimat einen neuen Staat bilden, ein durchaus unmarkehaftes, künstliches Gebilde. Unerhörte Umwälzungen in unserm Mutterlande, die wir noch als seine Glieder mitleidig und mitgemacht, sind vorausgegangen. Ein neuer, habgieriger Nachbar ist vor unsern Toren erschienen. Nicht nur unsere politische und wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit, sondern, schlimmer noch, unsere alte deutsche Kultur bedrohend. Und als ein Meeres-Lizel, daß noch kein Ende der Erschütterungen gekommen.

Wollt sich aus dem Osten eine neue Weltperiode heraus

bis dicht an unsere Grenzen. Von vielen wird sie mit Furcht, von vielen mit Hoffnung erwartet, von allen aber ohne wirkliches Wissen über ihr Ziel. Und als ein zweites Meeres-Lizel haben wir in der letzten Juli-Woche in den eigenen Mauern den Ausbruch einer lange verhaltenen Leidenschaft erlebt, die nicht genügend charakterisiert ist, wenn man sie als eine Demonstration für billigere Lebensmittel und niedrigere Steuern nebst bedauerlichen Ausschreitungen bezeichnet.

Der Jammer und die Not einer ganzen leidenden Menschheit, und zugleich, in engstem, untrennbarem Zusammenhang damit, die in aller Menschheit — nicht nur in einer Klasse — irgendwo verborgen hausernde und nur auf die Gelegenheit zum Ausbruch lauende Bestie haben wir klugartig in einem Symbol erblickt. Und inmitten dieses politischen, wirtschaftlichen, sittlichen Strudel sollen und wollen wir hier eine kleine Insel bilden, die möglichst unberührt bleibe von all dem Wirrwarr ringsum, damit sie vielleicht einen Kristallisationskern abgeben könne für den Aufbau eines neuen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebildes. Eine Stütze des Ausgleichs und der Ausöhnung der Nationalitäten, der Klassen, der hohen und der niederen städtischen Instanzen im Menschen. Wie muß die politische Verfassung eines so entstandenen, einzig mit solcher Bestimmung lebensberechtigten und lebensfähigen Staatswesens aussehen? Aus welchem Geiste heraus muß sie geschaffen sein, wenn sie ihrem Zwecke dienen will? Ich weiß nicht, ob man sich solche Fragen je gestellt, aber ich weiß, daß man sie mit der vorliegenden Verfassung jedenfalls nicht richtig beantwortet hat.

Denn der Wille eines Mannes zu schaffen, der Geist der Verfassung und des Bestehenden, der feilsche Betrug einer neuen, einer kommenden Zeit — sie sind an diesem Werke nicht wirksam gewesen.

Zwei kleine Kennzeichen nur für diese von mir beklagte Erblosigkeit der zu solchem Werk erforderlichen Atmosphäre: Die Ablehnung zweier Forderungen, die morphologisch nicht so sehr revolutionär sind, weil sie heute bereits zum Inhalt des allgemeinen städtischen Bewußtseins gehören und andernorts auch lange schon gesetzliche Verwirklichung gefunden haben.

Ich meine die Forderung einer Abschaffung der Todesstrafe und die Forderung eines Wahlrechts.

Nicht um die Gründe der Eingetheilung und Zweckmäßigkeit ist es mir heute zu tun, die für und gegen diese Forderungen angeführt werden können und angeführt worden sind, sondern um das Fehlen jener städtischen Grundstimmung, jener geistigen Freiheit, die in der Annahme dieser Forderungen ihren Ausdruck ge-

funden und zweifellos auch den sonstigen Bestimmungen der Verfassung ihr Gepräge gegeben hätte.

Nicht, daß ich jedem einzelnen von Ihnen, meine Damen und Herren, der diese Forderungen abgelehnt, diese Bestimmung abzusprechen möchte. Ich weiß wohl, daß das Verhalten bei einer Abstimmung und überhaupt die politische Parteilichkeit nur in den seltensten Fällen ein genügendes Kennzeichen der sittlichen Einzelpersönlichkeit ist. Verurteilung, Abkammerung und eine große Reihe anderer Lebenszufälligkeiten spielen dabei eine entscheidende Rolle. Gerade bei der Frage der Todesstrafe z. B. ist es bemerkenswert, daß selten irgendein einzelner, der die Frage überhaupt nach allen Richtungen hin durchdenkt oder, wichtiger noch, durchlebt, sich gegen die Forderung ihrer grundsätzlichen Aufhebung ablehnend verhält und verhalten kann. Aber der Mangel an Mut, seinem städtischen Willen auch in der Gesetzgebung und Politik Geltung zu verschaffen,

die Absonderung der Stille von der Politik,

wie sie hinter der lächerlichen Kusssucht sich verbirgt, man sei zwar für die Abschaffung der Todesstrafe, aber sie gehört nicht in die Verfassung — in der doch viel gleichgültigere Dinge drin stehen — das ist es, was ich den Mehrheitsparteien zum Vorwurf mache. Und das Richtige und zugleich Altsittliche dieses Sachverhalts ist vielleicht niemals gründlicher beleuchtet worden, als durch das Bild des einzigen aufrechten Mannes (Samariti), der sich in Ihrer Mitte erhob, als diese Frage der städtischen Grundüberzeugung zur Abstimmung stand. Und nicht anders verhält es sich mit der Forderung des Wahlrechts. Ein Bild nach der kleinen Seite hätte jeden Zweifelsdenker belehren können, daß eine städtische Forderung, in der Gesetzgebung zum Ausdruck gebracht, nie den physischen Bestand eines Staatswesens gefährden kann, vielmehr seine wirksamste Kräftigung von innen her bedeutet.

Eine Verfassung, die von solch städtischer Grundstimmung getragen gewesen wäre, würde auch in ihren sonstigen Hauptstücken ein ganz anderes Bild geboten haben, als die vorliegende. Sie würde nicht ängstlich die

Jaß und den Einfluß verschiedener Sorten von Senatoren gegeneinander abzuwägen, nicht daran gezweifelt haben, daß man städtische Männer zur Vertretung eines Staatswesens auch ohne die Garantie einer bestimmten Amts- und Gehaltsdauer gewinnen könne. Sie würde vielmehr von der natürlichen Ermüdung ausgegangen sein, daß Längigkeit das Selbstvertrauen zur notwendigen Voraussetzung hat. Und daß Längigkeit und Selbstvertrauen auch den Fortbestand des Volkvertrauens garantieren und eine bessere Gewähr gegen alle zu schnellen Wechsel in der Staatsleitung bilden, als auf Zeit bemessene Komitè und Gehälter. Dann wäre die Verfassung der Vorwurf erspart geblieben, der von weitläufiger — außerhalb dieses Hauses und seiner Parteien stehender — Stelle gegen sie erhoben worden ist: daß die gewählte Regierungsform eines festen Staatswesens unwirksam sei.

Eine Verfassung endlich, die von solchem Geist befeuert gewesen, würde es vermieden haben, den Forderungen unprofessioneller Eingebildeter Rechnung zu tragen und in die Kinderherzen schon die Keime religiöser Heberhebung und Individualität zu pflanzen, eine Trennungslinie nach Konfessionen auch auf Gebieten zu ziehen, die mit dem religiösen Bekenntnis nicht das geringste zu tun haben. Eine solche Verfassung würde nicht ängstlich haben vor einem bloßen Wort, wie es das Wort „Betriebsrat“ ist, sie würde einer

wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern, die programmatisch so laut angeboten worden, auch die entsprechende Form vorgezeichnet haben. Aber was haben wir bei den Beratungen dieser Verfassung statt dessen erblickt? Ein ängstliches Nicken am Wort, eine phylisterhafte Furcht vor allem Krusen, ein Meines Handeln und Feltischen um jede Bestimmung, die schon Erwägung bedarfen, neu zu Erwägendes vorbereiten wollte, tausend Bedenklichkeiten, ein abgerundetes Leben mit der einen Hand, um mit der anderen wieder zu nehmen: ein vom Vertrauen des Parlaments abhängiger Senat — aber doch nicht ganz, nur zu einem Teil, eine Glasregierung, aber dann doch keine Glasregierung, keine Betriebsrat, aber nicht Betriebsrat, alle aber irgendwie ängstlich verlauskullert und eingeheult. Sondermittel des Volkes und der Volkvertretung; aber doch wieder

sozialer Stützpunkt gegen dieselbe Volkvertretung. daß ihr die Prüfung der Legitimation ihrer eigenen Mitglieder gewonnen und in die Hände eines angeblich vertrauenswürdigen Organs gelegt wurde. Und so auf Schritt und Tritt: Mangel an Mut, Mangel an Selbstvertrauen, gewaltsames Einverschließen gegen die Anforderungen der Zeit und gegen die Lehren der Geschichte.

Bestimmung der Tatsache, daß man das Reiten nur im Gattel lernt, daß man ein Volk nur dann zur Demokratie reif machen kann, wenn man ihm feste demokratische Formen gibt.

Vor allem aber der Mangel an Glauben an die Kraft einer städtischen Bestimmung, auch auf gutlichem Wege der Bestie im Menschen, der Kortheit und des Engherzigen, Gern zu werden.

Trotz all dem, das ich mit anderen teilen von Ihnen, wenn nicht den einzelnen, so doch den gegnerischen Parteien als solchen eine unverkennliche Sprache erteilt. Man hat dafür die geringfügig gemeinte Wendung: „Unpraktische Ideologie“. Darum will ich die vorliegende Verfassungsentwurf nur noch kurz unter einem Ihnen verständlicheren Gesichtspunkt betrachten:

Vom der politischen Ringwelt.

Und da bitte ich Sie, der politisch weiter zu denken und nicht nur das was sich durch Gerüchte, sondern auch seine künftigen Folgen zu erwägen gewillt ist, hat einmal die Frage vorzulegen, ob es ein staatsmännischer Akt war, dem Danziger Volk und insbesondere der arbeitenden Bevölkerung Rechte und Freiheiten zu nehmen, die in Deutschland bereits erlangt und dort gesicherter Besitz sind. Ich meine die rein parlamentarische Staatsform und den Einfluss der Arbeiterkraft auf den Produktionsprozess. Es ist im Interesse der deutschen Kultur liegt, Schulen zu schaffen, an denen die notwendigen Schulungsanstrebungen erteilt und sicher nicht ohne Erfolg einzuwirken werden? Ob die äußere Freiheit und innere Selbstbestimmtheit unter dem Vorwand einer Verfassung gesichert wird, die für die Freiheit seiner Einwohner unannehmbar ist? Man hat mich freilich gesagt, man habe eine Verfassung verfasst, die für jeden annehmbar ist, es ist aber doch ein merkwürdiges Ding, dass man, dem man weiter zu denken zu wollen, welcher Verfassung er zustimmen wolle und immer das ist eine Frage des Gewissens und der Verantwortung, zu der jeder nur selbst „ja“ oder „nein“ sagen kann. Was werden wir von ein solches Verfassungsgesetz, was werden wir von ein solches Verfassungsgesetz, was werden wir von ein solches Verfassungsgesetz. Das ist nicht nötig, was das war die hier mehrfach berührte Beschäftigung unter Ausschlag der ganzen Zinsen.

Den die hiesigen Demokraten erleben doch wohl nicht mehr Unrecht dadurch, nur Zinsen gerechnet zu werden. Was nicht nötig war, hat die Verfassung schon im Stadium der Aufklärung, vor der zweiten Sitzung, aber das auch nur ein erschütterter Versuch zu erinnern, diese Dinge mit in den Zusammenhang einzubringen. Ich meine, Versuch nicht unternommen oder das er von sich selbst ohne weiteres genossen, nicht ernstlich gemacht werden, das wird Ihnen davon herüber, das man sich nicht getraut, sondern eine bestimmte, entseelte oder unpersonifizierte Regierung eines Verantwortlichen als Argument zu gebrauchen für die Verheerung, wir wollen nicht mitarbeiten.

Was meine Damen und Herren, wer und Sozialdemokraten seit dem ersten Tag, da die Verfassungsentwurf aufgestellt wurde, wer und in den Verhandlungen des früheren und des dem diesem Hause einigten Verfassungsentwurfes wirklich beobachtet hat, der wird an der Ernstlichkeit und Aufrichtigkeit unserer Willens zu politischer Mitarbeit nicht zweifeln und nicht ernstlich behaupten können, dass es uns an solchem Willen gefehlt habe.

Was Sozialdemokraten nicht das Volksganze über der Partei; das haben wir bereits durch unsere Beiträge und durch unsere Stellungnahme zu fremden Vorkäufen. Wir haben uns auf die Gefahr hin, von den links von uns stehenden Sozialisten bestritten zu werden, als genug von unseren grundsätzlichen Forderungen mitgeteilt, damit das Volk nicht über die Gefahr der Sache werde. Wir waren von Anfang an überzeugt, dass gerade die schwerste außenpolitische Lage unserer kleinen Staatsverfassung und allen überlebenden Sozialisten verbiete und die möglichste Einmütigkeit bei dieser Zeit allen Vorkäufern zur Pflicht mache. Aber was einem gewissen, allzu frühen Zeitpunkt ab hat man unsere Mitarbeit nicht mehr haben wollen.

Ein Abgeordneter hat hier mehrfach gesagt, wir hätten uns darüber, weil wir den Anschluss beabsichtigt hätten. Nun, meine Damen und Herren, ein jeder weiß den anderen mit seinem Maße. Und wenn jemand die Anklagen, die ich hier erhebe, nur als einen Aufwind unserer Zeitung, den Anschluss beabsichtigt zu haben, anstellen kann, so charakterisiert das ihn, nicht uns!

Wenn wir doch an unsere Partei hätten, hätten wir zu solchem Kerger kaum Anlaß. Die Sozialdemokratie ist groß geworden, solange sie von der Mitarbeit ausgeschlossen war, durch die bloße Opposition. Die Sozialdemokratie als Partei wird nicht darunter leiden, daß sie wieder in die Opposition gedrängt wird. Doch weiß ich nicht, ob es dem anderen Schicksal, ob es dem politischen und wirtschaftlichen Frieden innerhalb unserer künftigen Staatsverfassung zutrifft, daß eine Verfassung gegen die gesamte sozialistische Arbeiterschaft, unter deren Ausschlag seitens der bürgerlichen Parteien zustande gekommen ist. Wenn diese Mitarbeiter, wenn sie hier auch eine solche ist, bedeutet, jedoch für den Produktionsprozess und für das Leben des höchsten Organismus mehr als das halbe Drittel der Bevölkerung, das sie gegenwärtig schleimäßig aufweist.

Wir Rechtsozialisten, wie wir uns mit Erfolg nennen als Sozialisten des Volkes.

haben von jeher die Auffassung vertreten, daß die Bewirkung unserer Ziele durch Demokratie, durch das Recht, nicht aber durch brutale Gewalt und durch die Gefahr einer Wiederholung über eine Wiederholung, daß sie durch friedliche Evolution möglich sei. Immerzeit etwa die Werkzeuge dieses letzten Gedankens durch das jetzige Verhalten der bürgerlichen Parteien leiden Umstände und welches die Folgen davon sein würden, überlasse ich Ihnen zu entscheiden.

Wir haben jedenfalls noch nie vor uns diesem Gedanken jezt.

Wir werden keine Partei der Verärgerung werden, sondern werden unsere Pflicht tun, wie unser Verantwortungsbegriff gegenüber dem Volksganze, wie unser Gewissen sie uns einschreien. Denn wir wissen: selbst wenn wir uns im Jertum befinden, selbst wenn man nicht behaupten soll, die da stehen, man kann der Gewalt nur durch Gewalt Herr werden, so werden doch auch wir durch unsere friedliche Arbeit

unsern großen Ziele, dem des Sozialismus.

gehört haben. Der Werkzeuge dieses Gedankens haben Sie jedenfalls keinen Abbruch getan. Mag diese Verfassung sich ihm hindern an dem Weg zu helfen suchen — eine neue wird kommen, die ihn die Wege zeigt. Ich möchte Sie der Erinnerung sein, inmitten einer Selbstbewegung für einen kleinen Teil der Revolution errichten zu können — die Welt wird kommen und diese Welt hinwegfegen.

Der Kampf hat zu sehen, der sich — nicht seit 1918, sondern seit einem halben Jahrhundert, daß ein Kampf wird, das noch nie zuvor gewesen.

Und dieser Kampf ist der Sozialismus.

Es ist kein Zufallsereignis, keine Utopie, sondern er ist heute schon auf tausend Seiten in der Verwirklichung begriffen. Die er in seiner Entwicklung als Gesellschaftsordnung aufzuheben wird, das wissen wir nicht im einzelnen. Aber die Menschen fernst, nicht sich selbst, daß mit ihm kein idealer Zustand, kein verheißenes Glück geschaffen sein wird, sondern daß hinter ihm neue Ziele stehen werden, die erfüllt werden. Aber wer Natur und Geschichte kennt, der weiß auch, daß die Natur alles Erfinden verlangt, daß die Natur sie auch nicht verweigert, sondern unablässig vorwärtsdrängt zu neuen und neuen höheren Gestaltungen. Das heute in so vielen Ländern, in so vielen Ländern und Jahren, ohnehin und dringend gerade und unvermeidlich an das Ende drängt.

Das ist das Zielgebiet einer neuen Entwicklungsphase. Dies erkannt zu haben, um aus solcher Erkenntnis heraus die Entwicklung zu fördern, nicht sie zu hemmen — das ist es, was wir Sozialisten für uns mit Stolz in Anspruch nehmen. Wie dürfen wir als die Träger einer Idee fühlen, der die, meine Damen und Herren, keine gleiche gegenüberstellen haben. Und weiß als Idee der Sozialismus heute schon in uns lebendig und mächtig ist,

Die Russen in Nähe des Korridors.

Zusammenbruch der polnischen Front.

Berlin, 10. Aug. Wie verschiedene Abendblätter von der westpreussischen Grenze melden, haben die Russen an der Nordfront, nachdem es ihnen gelungen ist, die direkte Verbindung Warschau—Mlawe—Danzig zu unterbrechen, weiter in der Richtung auf Thorn vor, um auch die andere Eisenbahnverbindung zwischen Danzig und Warschau über Bromberg—Thorn zu unterbinden. Zu diesem Zweck ist der russische Nordflügel durch neue Truppen außerordentlich verstärkt. Der polnische Nordflügel, der unter großem Munitionsmangel leidet, befindet sich in völliger Auflösung. Zwischen Ostrolenka und dem Bug haben die Polen die große Schlacht abgebrochen, nachdem ihr kurzer Widerstand bei Ostrow gebrochen war. Auch an der Südfront, wo die Polen sich noch am besten gehalten haben, scheint ihr Rückzug hofflos zu werden.

Die Russen vor dem Korridor?

Nach der „D. Z.“ haben sich die russisch-polnischen Kämpfe wie folgt entwickelt: Der polnische Nordflügel, der die Aufgabe hatte, Warschau im Norden zu decken, befindet sich unter dem Druck der vierten russischen Armee in der Auflösung. Vom 1. und 2. kassubischen Artilleriekorps begleitet, haben hier die 12., 18. und 24. Division die vordere Linie überschritten. Hinter ihnen befinden sich weitere acht Infanterie-Divisionen und das 3. kassubische Artilleriekorps. Die Stoßrichtung ist gegen Thorn angelegt. Die frühere deutsche Grenze im Soldauer Kreise wurde von den russischen Patrouillen nicht überschritten. Die Russenfront geht von Mlawe über Elechanow nach Rojan. Es ist jede Stunde mit dem Einmarsch der russischen Kavallerie in den Korridor zu rechnen, da es fastlich nicht möglich ist, die Nordflanke offen zu lassen.

Die Entscheidungsschlacht zwischen Ostrolenka und dem Bug scheint von den Polen nicht angenommen zu sein. Die geringen Kämpfe bei Ostrolenka haben auch zu einem Rückzug der Polen gegen Bysschom geführt. Hier werden die Polen von Osten flankiert. Auch über Sokolow sind die Russen hinausgedrungen. Sie haben weiter den Bug überschritten und Bialla genommen. Weiter nördlich entwickelt sich der Vormarsch der Russen ebenfalls günstig.

Rücktritt des polnischen Kriegsministers.

Der polnische Kriegsminister General Lesniowski ist, nach einer Pariser Meldung der „D. Z.“ vom 9. August, von seinem Posten zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Stellvertreter Sosnofowski ernannt.

Ubersiedelung der polnischen Regierung nach Posen.

Amsterdam, 10. Aug. Der „Times“-Korrespondent aus Warschau telegraphiert: Die polnische Regierung soll nach amtlicher Mitteilung nach Posen übersiedeln. Einige Minister haben indessen geäußert, vorläufig werde die Regierung in Warschau bleiben. Der Korrespondent bemerkt, daß man im Falle ihres Wegganges die Gefahr befürchte, daß in Warschau eine neue Regierung gebildet werden könnte.

Wilson gegen Polens Imperialismus.

Nach einem Telegramm des „Echo de Paris“ aus Washington wurde als Ergebnis von Beratungen bei Wilson eine Erklärung veröffentlicht, in der gesagt wird, die russische Armee sei nicht eine bolschewistische, sondern eine russische Armee, deren Generalfeldmarschall General Brusilow einer der bedeutendsten Offiziere des alten Regimes sei. Rußland hätte kein Recht nach polnischem Gebiet zu wollen, die Souveränität Polens nicht antasteten. Die amerikanische Politik wüßte das russische Gebiet sicherzustellen, bis das russische Volk seine inneren Angelegenheiten geregelt habe. Dadurch hofft Amerika die Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in Rußland zu beschleunigen.

„Humanität“ gegen Frankreichs Hejpreffe.

Paris, 9. August. (Holländisch Rheimbureau.) Während alle bürgerlichen Zeitungen der Regierung den Rat erteilen, sich gegen Berlin zu wenden, wenn man Moskau treffen wolle, bezeichnet die „Humanität“ die Annahme, daß zwischen der Berliner Regierung und den russischen Volkskommissaren eine Verständigung bestehe, als vollständig unsinnig. Das

werden wir die Sieger sein. Denn eine Idee ist mächtiger als alle Artikel und Paragraphen und wenn sie nicht auch als Idee nie vollkommen realisiert werden kann, so ist sie doch Erzieher und Führer zu der herauskommenden neuen Erscheinungsform des großen Weltwesens: zu einer neuen Gesellschaftsordnung und zu einer neuen Kulturgestaltung. (Selbster Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Blatt sagt, diese Behauptung sei nur ein Versuch, die britische Regierung zu beeinflussen und das französische Volk zu betriegen. „Journal du Peuple“ sagt: 1914 sind wir verblüdet in den Kampf gegangen auf den Rat schlechter Führer. Auf keinen Fall werden wir uns aus dem Krieg zurückziehen lassen. Die Regierung soll uns Sozialisten ruhig verfolgen und einsperren, wir werden nicht ablassen, uns dagegen zu wehren. „L'Ouvrier“ sagt, man solle ruhig Blut behaupten ein Krieg sei materiell ausgeschlossen.

Polen gegen die Polenhererschaft in Posen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt eine Meldung des „Oberschlesischen Wanderers“ wieder, wonach übereinstimmenden Nachrichten aus Posen zufolge die Erregung der Bevölkerung in der früheren deutschen Provinz Posen bis zur Erhebung sich verstärkte. Nicht nur Deutsche, sondern auch Nationalpolen hätten sich der Bewegung angeschlossen, die auf die Rückkehr zum Deutschen Reiche abzielte. Es sind auch bereits Meutereien polnischer Truppen gemeldet worden.

Entspannung Rußland und Entente?

Das „Berliner Tageblatt“ will berichten können, daß in den Beziehungen der Allierten zu Rußland auf Grund neuester Mitteilungen der Moskauer Regierung durch Vermittlung ihrer Londoner Vertreter eine Entspannung eingetreten sei. Das Verdienst dieser Verbesserung komme vor allem den Vorschlägen Lloyd Georges zu, die Verhandlungen fortzusetzen, um einen neuen europäischen Krieg zu verhindern.

Die Pariser Presse über Sythe.

Paris, 10. Aug. Die Pariser Morgenpresse faßt das Ergebnis der Konferenz in Sythe dahin zusammen, daß man nicht kriegerisch in Polen eingreifen und die Blockade nur anwenden werde, wenn der Frieden, über den im Minist verhandelt werden soll, nicht zustande käme, daß aber Frankreich und England Polen weiter helfen wollen. „Matin“ sagt: Die Blockade von Sowjetrußland sei ins Auge gefaßt worden. Aber würde sie möglich sein, wenn die Bolschewisten die Eisenbahn Danzig—Warschau besetzten, der Verkehr nach der deutschen Seite zu aber frei sei? Wüsste man die Mitarbeit Deutschlands verlangen? Frankreichs Ansicht sei, daß man Deutschlands Mitarbeit auf dem Fuße der Gleichstellung nicht verlangen könne. Man müsse bedenken, daß Deutschland den Sowjets vorschlagen würde, ihm Danzig, Posen und Schlesiens zurückzugeben. Dazu aber sei das Gleichgewicht Europas gestört.

Aufstand in Ostibirien.

Moskwa, 10. Aug. (Reuter.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist die Stadt Schostk niedergebrannt worden. Die japanischen Einwohner der Stadt sind ermordet worden.

Eine Verurteilung von Spa.

Der englische Professor Keynes, der Verfasser des Buches über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensschlusses von Versailles, den er im höchsten Grade für verwerflich hält, hat in einem Brief, der in den „Times“ erschienen ist, seine Ansicht über die Folgen von Spa auseinandergesetzt. Darin urteilt er nach dem Haager Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“: Die Gefahren der dortigen Abmachungen gehen nach ihm in zwei Richtungen. An sich möge die Lieferung von zwei Millionen Tonnen Kohlen eine mögliche Sache sein, vorausgesetzt, daß Oberschlesien in deutscher Hand bleibt. Daß aber die jetzige deutsche Regierung die Lieferung praktisch durchführen könne, das müßte dahingestellt bleiben, ebenso hieße es zweifelhaft, ob die deutsche Regierung imstande sei, die Abrüstung wirklich durchzuführen, und so ergebe sich, daß die unermessliche Gefahr einer Befehung des Ruhrreviers durch Frankreich weiter bestehe. Eine zweite Gefahr sei, daß das Fallen des französischen Frankenturkes von gewissen französischen Politikern auf die in Spa beschlossenen Vorstöße an Deutschland geschoben werde, trotzdem das Fallen des Frankenturkes schwerer gewesen wäre, wenn Frankreich die Kohlen in England kaufen müßte, die es jetzt von Deutschland erhält. Im übrigen bedauert Keynes, daß Frankreich sich weder vor Spa noch in Spa die Frage vorgelegt habe, daß es die nötige Kohle nicht anders als von Deutschland beschaffen könne. Den Vorwurf der französischen Feindschaft weist Keynes unter Berufung auf sein Buch zurück. Keynes tritt dort u. a. für Stundung der Schulden Frankreichs an England bis nach Abschluß des Wiederaufbaues der verunsteteten Gegenden ein.

An die deutschen Arbeiter!

Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben die Gefahr erlitten und die größte Wachsamkeit gezeigt. Sie dürfen der Unterdrückung der gewerkschaftlichen Arbeiterkraft nicht erliegen. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß auch die französischen und englischen Arbeiter sich ihrer internationalen Pflicht bewußt sein und sie beizügeln. Halte auch bereit! Hoch die internationale Solidarität des Proletariats! Berlin, den 7. August 1920. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Danziger Nachrichten.

Abbau der Löhne durch den Danziger Magistrat.

Vom Bauarbeiter-Verbande wird uns geschrieben:
Die Unternehmer aller Arbeitgeberverbände schreien geradezu nach dem Abbau der Löhne; es hängt ihnen an ihrem Uebergewinn. Die Unternehmer wissen ganz gut, daß allen Löhnerhöhungen eine ungeheure Preissteigerung auf allen Gebieten vorgegangen ist. Aber sie pfeifen auf diese Tatsache. Sie wissen sehr wohl, daß auch heute noch lange nicht die Löhne genügen, ein einigermaßen menschenwürdiges Leben führen zu können, geschweige denn die so außerordentlich notwendigen Neuanfassungen vornehmen zu können. Nicht Abbau der Löhne, sondern Schaffung eines angemessenen Existenzminimums für die Arbeiter ist mehr denn je notwendig, zumal eine neue schwere Belastung der Arbeiter durch Steuern und Brot- und Kartoffelpreissteigerung droht.

Die Unternehmer verschweigen aber, daß Produktions- und Absatzkrise wegen der anarchisch betriebenen kapitalistischen Wirtschaftskrise auch schon früher an der Lageordnung waren und heute wegen der unverantwortlich betriebenen Finanzpolitik solche Krisen noch stärker und krasser in Erscheinung treten müssen. Das gierige Verlangen der Unternehmer nach Mehrgewinn ist schuld an solchen Krisen und Zuständen. Der verlorene Krieg hat den Zusammenbruch der Finanz- und Volkswirtschaft bedingt. Die während des Krieges betriebene Finanzwirtschaft zog eine ungeheure Umwälzung nach sich.

Der Arbeiter wird durch eine hohe Einkommensteuer belastet und muß hauptsächlich die Kosten dieser unverantwortlichen Kriegswirtschaft bezahlen. Aus den Knochen der Arbeiter haben die Schieber, Wucherer, Hamsterer, Kriegstreiber und Kriegsverursacher ihren Reichtum gezogen und ihr Vermögen vermehrt. Auf der anderen Seite wieder werden in Danzig die Bestehenden geschont und im Verhältnis zum Einkommen des Arbeiters nur gering belastet.

Zu den schon vorhandenen Arbeitslosen kommen durch die brutalen Maßnahmen der Kapitalisten immer neue hinzu und verlangen Brot und Arbeit. Und so wird die Menge der vergeblich nach Brot und Arbeit verlangenden Arme immer dichter und die Arme selbst werden immer magerer. In den Villen der Reichen und Schieber aber herrscht nach wie vor noch Wohlleben und Glanz. In den dumpfen Arbeiterwohnungen jedoch herrscht Kummer und Elend; Mann und Frau herunter bis zum letzten Kleidungsstück, die Kinder kein Gemd mehr auf dem Leibe, die Bettwäsche und alles andere aufgebraucht, abgemagerte und schier verzweifelte Menschen, wie wir sie zu früheren Zeiten nie herumlaufen sahen.

All diese elenden Zustände sind hervorgerufen worden durch den verbrecherischen Krieg, eine verfehlte Finanzpolitik und vor allen Dingen durch die unnachlässig kapitalistisch betriebene Wirtschaftsweise und die Sucht der Kapitalisten nach Mehr- und Uebergewinn.

Angesichts solcher Zustände besitzen die Unternehmer die Sitten und wegen zu behaupten, daß die hohen Löhne schuld seien an der augenblicklichen Geschäftsstockung. Als unglaublich irdisches Verlangen muß es bezeichnet werden, wenn die Unternehmer glauben, jetzt sei der Augenblick gekommen, den Abbau der Löhne fordern zu können.

Der Magistrat der Stadt Danzig ließ und läßt durch verschiedene Baukrone an verschiedenen Stellen Danzigs Erd- und Abbrucharbeiten, die er mit Notstandsarbeiten bezeichnet, ausführen. Bei diesen Arbeiten wurden bisher die tariflichen Löhne des Hoch- und Tiefbaugewerbes gezahlt. Ja, diese Löhne wurden durch Verhandlungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes mit dem Magistrat protokollarisch zweimal, im vorigen Jahre und in diesem Jahre gleich nach dem Streik, erneut festgelegt. Vom 1. Juli ist den Beschäftigten im Hoch- und Tiefbaugewerbe durch Schiedsspruch eine Zulage von 50 Pfg. zugesprochen. Diese Zulage weigerte sich der Magistrat zu zahlen. Verhandlungen dieserhalb führten dazu, daß der erhöhte Lohn bis zum 1. August gezahlt wurde. Bei diesen

Verhandlungen drohte der Oberbürgermeister, falls die Arbeiter auf dem erhöhten Lohn bestehen bleiben sollten, mit sofortiger Arbeitseinstellung. Der Magistratskassier und Stadtsyndikus Behrent des Arbeitsamtes, der sich in letzter Zeit sein Gehalt hoch in die zwanzigtausend Mark festsetzen ließ, bezeichnete solche Löhne als Unflug.

Die Verhandlungen mit dem Deutschen Bauarbeiterverband wurden nicht zu Ende geführt, sondern auf Betreiben des Kassiers Behrent die Vertreter der Arbeitnehmer zu den Verhandlungen anstelle des Bauarbeiterverbandes hinzugezogen. Bei diesen Verhandlungen wurde vereinbart, daß bei diesen Arbeiten vom 1. August ab nicht mehr der tarifliche Lohn des Hoch- und Tiefbaugewerbes gezahlt wird, sondern daß bei den bereits in der Ausführung begriffenen Arbeiten ein Stundenlohn von 4.10 Mk. und bei den neu in Angriff zu nehmenden nur 3.70 Mk. gezahlt werden soll. Außerdem soll in angemessenen Zeitabschnitten eine Kurzwachstellung der Arbeiter vorgenommen werden. Dieses Votum des Magistrats bedeutet einen Lohnabbau von 50 resp. 90 Pfg. die Stunde. In diesem Votum muß jeder Klassenbewußte Arbeiter erkennen, daß die sozialen Spannungen auf höchste gestiegen und in großen Kämpfen zur Entladung kommen müssen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat die Baustelle Hackbarth, Fort Vrbesen, Abbrucharbeiten, wegen Nichtzahlung des tarifmäßigen Lohnes gesperrt. Er erwartet von der Arbeiterschaft einmütige Solidarität zu betonen, um die Pläne des Magistrats zu schanden machen zu können.

Danzigs Waldschule in Riehthof.

In diesen Tagen wurde in der Verfassunggebenden Versammlung vom bürgerlichen Bloß auch das Schicksal der Volksschule festgelegt, die weiterhin noch mehr als früher in die verschiedensten Konfessionschulen zersplittert werden soll. Dem Gedanken der Einheitschule ist durch diesen Verrat der bürgerlichen Parteien fast jede Aussicht auf Verwirklichung genommen. Das ist umso bedauerlicher, als Danzig auf dem Gebiet des Schulwesens hinter andern Großstädten stets zurück war. Anderwärts haben schulfördernde Bestrebungen schon früher diesen Anklag gefunden und konnten in vielen deutschen Großstädten verwirklicht werden. Der Schulbetrieb in den großstädtischen Volksschulen wird sehr häufig durch den schlechten gesundheitlichen Zustand der Kinder behindert. Die schlechte soziale Lage vieler Arbeiterkinder und insbesondere die gesundheitschädlichen großstädtischen Arbeiterwohnstätten hatten zur Folge, daß viele Kinder, die in dieser Umgebung aufwachsen, auch in ihrer geistigen Entwicklung zurückbleiben. Diese kann nur gefördert werden, wenn die Kinder aus der Großstadt in die freie Natur hinauskommen, wenn ihre kleinen schwächlichen Glieder sich in Licht, Luft und Sonne baden können und ihr Körper durch gute Nahrung wieder gekräftigt wird. Die seit Jahren in Danzig bestehenden Ferienkolonien haben zu einem kleinen Teil diesen Zweck erfüllt. Aber auch nur zu einem kleinen Teil. Die Ferienzeiten sind zu kurz, um dauernde Nachwirkungen bei den Kindern erzielen zu können.

Deuma Konzern A.-G.



(1965)

Danzig, Langgasse 69/70

Das richtige Mittel zur körperlichen und geistigen Eräftigung schwächerer Großstadtkinder bildet die Waldschule. Charlottenburg ist vor einer Reihe von Jahren hier bahnbrechend vorgegangen. Nun haben miltätige Stiftungen auch für Danzig die Errichtung einer Waldschule ermöglicht. Sie liegt hinter dem schönen Ottoniner See bei dem Anstiebsort Riehthof. Leider schon jenseits der politischen Grenze. Der Verein für Ferienkolonien hatte am vorigen Freitag nachmittags hiesige Stadtverordnete, Ärzte, Gelehrte, Sozialpolitiker und Vertreter der Presse zu einer Besichtigung eingeladen. Als die Besucher den schönen groben Park betraten, wurden sie von fröhlichen Kinderstimmen mit einem Willkommenstied begrüßt. Man muß diese Kinder gesehen haben, um zu ermessen, was die drei oder vier Wochen Aufenthalt hier für sie bedeuten. Sie sind den ganzen Tag nur mit einer dünnen Badehose bekleidet, damit der Körper abgehärtet wird und Sonne und Luft ihre heftigsten Wirkungen ausüben können. Unter einer großen Linde wird täglich von der Lehrerin Fräulein Dr. Mann drei Stunden Unterricht erteilt. Den Besuchern wurde soich ein Freiluftkettion vorgeführt und sie konnten bemerken, mit welcher Freude die Kinder an diesem Unterricht teilnehmen. Die Schule wurde im Juni dieses Jahres mit 30 Mädchen eröffnet und wird wahrscheinlich bis September durchgeführt werden.

Bei der Kaffeetafel begrüßte der Vorsitzende des Vereins für Ferienkolonien, Konful Sieg, die Gäste und gab einen Ueberblick über die Geschichte des Hauses, die Stadtschulrat Dr. Strunk ergänzte. Das Haus ist 1801 von dem Freiherrn v. Conrad erbaut worden als Herrenhaus des ungeliebten Gutes. Besteres wurde später aufgelöst in 20 Zimmern. In den letzten Jahren vor dem Kriege und während des Krieges blieben das Haus und der schöne idyllische Garten unberührt. Konful Sieg kaufte das Anwesen und Schenkung es der Stadt. Dr. Strunk konnte nun hier seinen Plan verwirklichen: Die Errichtung einer Waldschule. Die Einrichtung wurde ermöglicht durch eine größere Stiftung des Kaufmanns Jewelowski.

Für die Verpflegung der Kinder ist auf das Beste gesorgt. Neben dem Unterricht im Freien werden Spaziergänge in die umliegenden Wälder unternommen, die den Kindern auch reiche naturwissenschaftliche Kenntnisse vermitteln. Die ihnen in der Großstadt fremd gebliebenen Wälder sind ihnen in der Waldschule so nahe und so lieb geworden. Die Wohn- und Schlafräume der Kleinen sind praktisch und sauber eingerichtet, und tragen dazu bei, in den Kindern schon früh den Sinn für Ordnungsliebe und Gesundheitspflege zu wecken.

Als wir am Abend schieden, und am idyllischen Ottoniner See heimwärts wanderten, waren wir hoch erfreut über das, was wir an diesem Nachmittag gesehen und gehört. Wenn wir dennoch nicht vollbefriedigt waren, so nur deshalb, weil die Waldschule für diese 30 Kinder nur ein Tropfen auf dem heißen Stein bildet. Diesen 30 Waldschulmädchen und den einigen Hundert Ferienkolonisten stehen über 20 000 Volksschulkinder entgegen, die fast alle diese Erholung ebenso notwendig brauchen. Das, was hier von einigen Wohltätern in seinen Anfängen errichtet worden ist, weiter auszubauen wird die Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Dampfer-Zusammenstoß im Kaiserhafen. Der Kaiserhafen wimmelt zurzeit von Schiffen der verschiedensten Art und Größe. Dieser Umstand hat indes zur Folge, daß trotz der ansehnlichen Breite des Kaiserhafens der Personendampferverkehr sehr häufig behindert wird. So begegnete Montag nachmittags gegen 4½ Uhr der aus der Innenstadt kommende „Reichte“-Dampfer „Wazelle“ dem in der Mitte des Wassers fahrenden Bremer Dampfer „Neptun“. Um am Kaiserhafen anlegen zu können, signalisierte die „Wazelle“ dem „Neptun“, er möge links halten. Dieser, der im Begriff war, auf der rechten Seite Vorstelle zu nehmen, mußte wohl das Signal mißverstanden haben. Er behielt Kurs rechts bei und eine Minute später erfolgte der Zusammenstoß. Der zum Glück keine ernstlichen Folgen hatte.

Renate.

Novelle von Theodor Storm.
(Fortsetzung.)

16)

Der Kranke hatte die Arme über das Deckbett hingestreckt, sein abgekehrtes Antlitz leuchtete wie von innerem Lichte. „Ja, mein Vater“, rief er, „aus der Ewigkeit herüber höre ich deine Stimme, wie du sprachst: „Und so wie einst herauf, so führe an deiner Hand mich jetzt hinab von dieser Stätte! Aber, mein Gott und Herr, du hellest das Dunkel vor mir; gleich meinen Vätern werden Sohn und Enkelkinder von deinem Stuhle aus dein Wort verkünden. Laß sie dein sein, o Herr! Nimm ihren schwachen Geist in deiner Gnaden Schutz!“

Nach dieser Worten schweig mein lieber Vater; und als nun meine Mutter ihre Arme um ihn schlang, da sank sein Haupt zurück auf ihre Schulter. — Aber er erhob es wieder; und da sie zu ihm redete: „Mein Christen, spare deine Kräfte und ruhe nun“, da schüttelte er leise mit dem Haupt und sagte nur: „Nächster, nächster, Maria!“ Dann sah er liebevoll, aber mit flehentlichen Blicken zu mir auf und sprach langsam und wie mit großer Mühe: „Du kommst vom Hof, Jostas; ich weiß es. Der Bauer ist nicht mehr, und möge Gott ihm ein barmherziger Richter sein — aber seine Tochter lebt! Jostas, das rechte Leben ist erst das, wozu der Tod mir schon die Pforten aufzuehnt!“

Die Hand des Sterbenden haßte ins Meer nach der meinen, und da ich sie ihm gegeben, hielt er sie sehr fest in seinen magern Fingern.

Nach einmal begann er: „Wir sind ein an der Nacht von Predigern; die ersten von den Unfern sahen zu Dr. Martins und Melanchthons Füßen, Jostas!“ — er rief meinen Namen, daß es gleich Schwermetall durch meine Seele ging — vergiß nicht unsern heiligen Beruf! — Des Hofbauern Haus ist meines, darauf der Diener Gottes sich ein Weib zur Ehe holen soll!“

Der Odem des Sterbenden wurde stärker; aber seine Stimme sank zu einem Flüstern, und da wir lautlos horchten, kamen wie fernhin verhallend noch die Worte: „Sterblich — das Sterbliche ist eitel —“

Darauf verstummete er ganz; seine Finger wichen sich von meiner Hand, und der Friede des Herrn ging über sein erbleichend Antlitz. Ich aber neigte mich zu dem Ohr des Toten und rief:

„Ich gelobe es, mein Vater! Mög' die entfliehende Seele noch deines Sohnes Wort vernehmen!“

Da sah meine Mutter mich voll Mitleid an; denn zog sie das Leben aus dem geliebten Toten, fiel an dem Bette nieder und sprach: „Gott gebe uns selige Nachfolge und sammle uns wieder in der frohen Ewigkeit!“

Als meines lieben Vaters Grab geschlossen war, kamen noch mehr der ersten Frühlingstage; von dem Strohdach unseres Hauses tropfete der Schnee herab, und die Vögel trugen den Sonnenschein auf ihren Schwingen; aber das Schicksalswort: „Es werde Licht!“ wollte sich noch nicht an mir herdrücken. Da geschah es am Sonntag danach, nachmittags, daß ich von dem Dorfe Hude auf dem Fußsteig nach Schwabstedt zurückging; ich war in meiner Amtstracht, denn ich hatte einen Kranken mit der Trübsung unserer heiligen Religion versehen. Die ersten Tage meines Amtes waren schwer gewesen, und ich ging dahin in tiefem Stamen.

Unweit vom Dorfe aber schneidet ein Bach den Weg, der aus dem Walde zu dem Kreuzen hinabgeht. In selbigem pflegen die Vögel sich zu sammeln, welche das Wasser lieben, und war auch ich von Finken und Amseln hier ein fröhlich Schall, als wollten sie schon des kalten Künftigen melden. Und so war das Wortes Diebstahl gehalten, schritt ich nicht über den Steg, der von dem Fußweg hinüberführt, sondern ging diesseits ein paar Schritte an den Wald hinaus und setzte mich an das Ufer, wo sich der Bach zu einem kleinen Teich erweitert. Das Wasser aber, wie es um diese Zeit zu sein pflegt, war so klar, daß ich in tiefen Grunde das Wurzelsystem der Erbsen und die daran hängenden kleinen gar leicht erkennen und also wollte Weisheit auch in diesen kleinen Dingen bewundern. Ich sah gewöhnlich wärrer Weg verbergen fand.

Da wurde ich plötzlich aufgeschreckt, und auch die Vögel, die eben ihren durch meine Wandlung gestörten Gesang aufs neue anhuben, rauschten auf und flogen fort; denn von jenseits des Baches kam ein Geschrei: „Hohlo, hohlo!“ und war es, als wie bei der Anpflanzung die Bauerleute den Fischen zu jagen pflegen. Da ich aber den Kopf wandte, sah ich drüben aus den Lämmen einen Jungen junger Amseln hervorbrechen. „Schwimmen, schwimmen!“ schrien sie. „Das Wasser mit der Segel!“ Und jetzt sah ich unter ihnen ein Frauenbild, das schwebte vor dem Ufer und dem

anderen floß und nach dem Stege zu entkommen suchte. Aber rief von den Burschen sprang voran dahin und besperre ihr so den Weg. Ich konnte ihn wohl, von Zeit der großen Hochzeit schon; denn es war der Sohn des Bauernvogten; und das Bild, so hier gejaget wurde, war Renate.

Nun kam ich eilends auf die Höhe, lief zu dem Steg hinab und rief hinter: „Ihr dort, was wollet ihr begnügen?“

Da schrien sie hinwieder: „Die Segel! Die Segel!“

Ich aber fragte sie: „Wollet ihr rüchten? Wer hat zu Rüchten euch bestellt?“

Und als sie hierauf schwiegen, trat einer aus dem Haufen und sprach: „Das Brennholz ist teuer worden; die Anholden laufen frei herum, und der Amsmann und der Landvogt fassen sie nicht an.“ Und alle schrien wieder: „Hohlo, hohlo! Ins Wasser mit der Segel!“

Da setzte ich meinen Fuß auf den Steg und rief: „Nähret sie nicht an! Im Namen Gottes, ich gebiete es euch!“

Aber der Bursche, welcher auf dem Stege war, drückte mich zurück. „Ihr troget auf Euer Priesterkleid!“ sprach er. „Ihr würdet doch die großen Worte sparen; ich will euch tun das, was ich will.“

Da überkam es mich, und ich sah mein geistlich Gewand unter mir auf dem Boden; denn das junge Blut war damals noch in meinen Adern. Und als ich einen Blick nach drüben tat, sah ich, daß einer von den Burschen Renaten gefaßt hatte und ihr die Hände über ihrem Rücken hielt; ihre Augen aber ruheten auf mir und waren wie leuchtend in dem dicken Nebel.

„Gib Raum!“ rief ich und packte den Burschen mit meinen beiden Händen; und ich bin mir heute noch wohl bewußt, in den tiefsten Abgrund hält ich ihn gestürzt, so ich das Vermögen und solcher unter uns gewesen wäre.

Einem Augenblick wurde eine Lagenstille; denn er hatte auch mich ergriffen, und wir stunden wie in Erz gegossen aneinander. Da gewahrte ich, daß sie Renaten an den Kopf hinabzugieren strebten; und, ohn! laut zu geben, rang ich mit meinem Feinde. Auf an Rnie und Aug in Auge. „Gehub, du Segenpriester!“ rief er mit heiferer Stimme. „Ich soll ja hinhauen, es sie der Teufel dir ins Brautbett legen!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Verfassung der Reaktion.

Unberechtigter Benutzung der Eisenbahn.

Die Eisenbahndirektion des Freistaates schreibt uns: Seit einiger Zeit hat sich bei einem Teil des reisenden Publikums — namentlich dem des Danziger Vorortverkehrs — wieder die Gewohnheit herausgebildet, eigenmächtig ohne Vorwissen der Zugbeamten höhere Wagenklassen als die zu benutzen, auf die die gelösten Fahrkarten lauten. Weder der hierfür meistens angeführte Grund, die den gelösten Fahrkarten entsprechenden Klassen seien bereits voll besetzt gewesen und man sei, um noch mitzukommen, in die höhere noch leere Klasse eingestiegen, noch der häufig außerdem zur Entschuldigung angeführte Umstand, man sei Ausländer, kenne die hierorts geltenden Bestimmungen nicht, beherrsche auch die deutsche Sprache nicht oder nur unvollkommen, kann dazu dienen, um in solchen Fällen von der Zahlung des verwehrt erhöhten Fahrgeldes zu befreien. Ohne Zustimmung des Zugbeamten darf kein Reisender in einer höheren als der seiner Fahrkarte entsprechenden Wagenklasse Platz nehmen. Bei Jurisdiktion ist gemäß § 16 Absatz 2 der Eisenbahnverkehrsordnung der doppelte Fahrgeldbetrag, mindestens aber der Betrag von 20 Mark — in deutscher Währung — zu zahlen. Eine Verhaftung der erhabenen ersten Fahrgelder findet nicht statt. Die Zugbeamten sind angewiesen, durch häufige Fahrkartenprüfung in den Zügen solche Übertretungen der Eisenbahnverkehrsordnung zu ermitteln und ohne Ansehen der Person streng nach der angeführten Bestimmung zu verfahren.

Niemand wird es mehr als wir billigen, daß die Eisenbahn Verhinderer zu verhindern sucht und deshalb gegen die unberechtigte Benutzung höherer Wagenklassen Maßnahmen trifft. Doch sollte man bei der Kontrolle nicht rein schematisch vorgehen, sondern auch den praktischen Verhältnissen gebührend Rechnung tragen. Es ist unbillig, wenn Inhaber einer Monatskarte dritter Klasse dauernd eingepfercht ohne Sitzplatz weit ungemühter als in der vierten Klasse fahren müssen. Sollten sie bei starkem Gedränge, vielleicht auch weil sie bei der Umkleekabine in den unbelichteten Zügen einen Platz in der dritten Klasse nicht mehr finden können, in ein Abteil zweiter Klasse, so müssen auch sie unwillkürlich die 20 Mark bezahlen. Die Nachzahlung des Fahrgeldes wird auch in solchen Fällen nicht gestattet. Dazu geschieht die Forderung der Nachzahlung, selbst in einer solchen Zwangslage, nicht selten in solchen Formen, als handelte es sich um zweifelhafte Betrügereien. Die Eisenbahndirektion würde viel Erbitterung verhindern, wenn sie solche Fälle nach billigem Ermessen behandeln würde. Wir haben in einem Falle selber gehört, wie eine arme Handlungsgehilfin, die wirklich keine Schuld für Benutzung der höheren Klasse trug, bitter klagte, daß ihr die Zahlung der 20 Mark bei ihrem geringen Verdienstentbehrungen auferlege. Aber auch gegen sie wurde keine Rücksicht genommen.

Ringkämpfe und andere sportliche Wettkämpfe.

Ringkämpfe um den vom Verein für Leibesübungen im Jahre 1913 gestifteten Wanderpreis kommen am Sonntag, den 15. August, auf dem Sportplatz des Vereins am Poldowsky-Weg zum Austrag. Verteidiger des Preises ist der veranstaltende Verein, dem es gelang, ihn im vorigen Jahre zu erringen. Bis jetzt haben folgende Vereine je einmal den Preis gewonnen können: Sportklub Eiche 1913, Sportklub Danzig 1914, B. f. Leibesübungen 1919. Gemeldet haben hierzu 17 der besten Leichtgewichtsringler und es sind sicher spannende Kämpfe zu erwarten. Sportklub Eiche schickt seine Besten Kroll, Reich, Seifert und Kautenberg an den Start. Die Farben des Vereins für Leibesübungen vertreten Gebr. Böschmann und Steffens, sowie der alte berühmte Kämpfer Walter Kanaler. In den Endkämpfen dürften Böschmann, Steffens, Fengler, dem B. f. L. sowie Kroll und Seifert vom Sportklub Eiche die Plätze unter sich verteilen. Ein Ringen für Anfänger, zu dem die Vereine ihre Neulinge an den Start bringen, geht diesen Kämpfen voraus. Für die ersten drei Plätze dürften Gebr. Heßler, Richter vom Sportklub Eiche, Manstei und Bachentin vom Sportklub Einigkeit, sowie Preuß und Weiß vom B. f. L. in Frage kommen. Außerdem finden Propaganda-Kämpfe sowie Wettkämpfe im Tauziehen statt. In letzterem haben drei Mannschaften gemeldet. Um eine pünktliche und glatte Abwicklung der Kämpfe am Nachmittag zu ermöglichen, finden Ausschiedungskämpfe statt; diese beginnen 8 1/2 Uhr nachmittags. Den Freunden des Ringsports dürfte ein genügender Tag bevorstehen.

Postamt im Wanderlager Danzig-Troch. Im Eisen- und Subwanderlager Danzig-Troch ist ein Zweigpostamt mit öffentlicher Fernsprechstelle eröffnet worden. Es führt die Bezeichnung Danzig (Wanderlager Troch) und befaßt sich mit dem Vertrieb von Postwertzeichen wie mit der Annahme, Ausgabe und Bekämpfung von Telegrammen, Einschreibbriefen, Verträgen, Postanweisungen und Zahlkarten. Die Schalterstunden sind werktags von 8 Uhr nachmittags bis 6 Uhr nachmittags und Sonntags von 9 bis 12 Uhr nachmittags.

Als Opfer der Mautigen Schlägerei auf Ostsee. Aber die wir feierlich beschreiben, ist Sonntag Abend der auf dem Sommerlager als Kibitz tätige gemehrte Arbeiter Paul Gollt im städtischen Arbeiterhaus seiner Kameraden Verletzungen erlitten. Er hatte einen Unterarmbruch erlitten. In Gegenwart erlitten bei der Schlägerei drei Personen ihre Schwerkörperungen. Die Schiffe sollen nach den Aussagen der Verletzten von einem gewissen Herr Gollt, Schloßgasse 6, abgeholt worden sein. Der Täter ist flüchtig.

Aus dem Freistadtbezirk.

Libe. Von Freitag, den 13. d. Mts., ab kommen zur Verteilung: 500 Gramm Roggen auf Marke 1 der neuen Spezialmehlsorten zum Preis von 9 Pf., pro Pfund in der bekannten Gewichtungen — 500 Gramm Weizenmehl — 500 Gramm Weizenmehl und als Ersatz für fehlende Sorten 1000 Gramm Weizenmehl in 500 Gramm Gewichtungen auf Marke 1 der neuen Spezialmehlsorten. Außerdem werden auf diese Marke noch drei Sorten Spezialmehl verteilt. Die Kleinverpackung beträgt: für ein Pfund 250 Pf., für ein Pfund Weizenmehl 250 Pf., für ein Pfund Weizenmehl 250 Pf., für ein Pfund Weizenmehl 250 Pf. — 125 Gramm Roggen auf Marke 1 der neuen Spezialmehlsorten, Marke 20 der roten und Marke 19 der roten Spezialmehlsorten zum Preis von 12 Pf., pro Pfund bei Duz und Vollmehl. — Wer die ihm zugehörigen Waren bis Freitag, den 16. d. Mts., abends 6 Uhr, nicht abgeholt hat, verliert das Recht darauf.

20. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 10. August 1920.

Ritistikung des Volkstages bei der Gesetzgebung.

Als Berichterstatter begründete Abg. Dr. Ring (Soz.) eine Entschließung des Reichsausschusses, die im Ausschuss einstimmig Zustimmung gefunden hatte. Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

Der Herr Oberkommissar wird ersucht, dem Recht der Verfassungsgewaltigen Verammlung als ordnungsmäßige Vertretung des Danziger Volkes bei der Gesetzgebung mitzuwirken, auch formell Ausdrück zu erteilen.

Ohne Debatte wurde diese Entschließung einstimmig angenommen. Es folgte die

Dritte Lesung der Verfassungsvorlage.

Der Beginn der Beratungen gab Abg. Raube (Unabh.) im Auftrag seiner Fraktion folgende Erklärung ab:

Die U. S. P.-Fraktion der Verfassunggebenden Versammlung hat durch Einreichung der verschiedensten Entwürfe für die Verfassung bewiesen, daß sie gewillt war, an einer im freiheitlichen Sinne zur Entschickung gelangenden Verfassung für das Allgemeinwohl des Freistaates Danzig mitzuarbeiten.

Aufruf!

Gemäß Beschluß der letzten Delegiertenversammlung fordern wir die Gewerkschaften hiermit auf, sofort Sammlungen unter ihren Mitgliedern zu veranstalten zur Unterstützung der Hinterbliebenen des Kollegen Thoms, der bei der Demonstration getötet worden ist.

Die gesammelten Beträge sind umgehend an den Unterzeichneten abzuliefern.

Allgemeiner Gewerkschaftsbund der freien Stadt Danzig.

J. A. P. Alosowski.

Die bisherigen Beratungen und Abstimmungen über den Verfassungsentwurf haben jedoch dem Proletariat und seinen Vertretern mit harter Deutlichkeit gezeigt, daß die Bourgeoisie im Parlament durch den mit geschlossener Einheitsfront gebildeten Bund alle von sozialem Geiste besetzten Neuerungen für die Volksgemeinschaft ablehnt, sogar einzelne seitens der U. S. P.-Fraktion durch Entzüge angenommene Teile der deutschen Reichsverfassung sind durch die bürgerlichen Vertreter der Verfassung, Verf. nicht angenommen worden. Die Verfassung des zukünftigen Freistaates dürfte dadurch teilweise sogar schlechter ausfallen als wie in Deutschland.

Die U. S. P.-Fraktion stellt heute ausdrücklich fest, daß seitens der bürgerlichen Vertreter der Wille großer Teile der freistaatlichen Bevölkerung, insbesondere der Wille des Proletariats in dem Verfassungsentwurf nicht respektiert und bei den bisherigen Abstimmungen mißachtet wurde.

Die Vertreter der U. S. P. lehnen es daher ab, sich an den weiteren Verfassungsberatungen zu beteiligen.

Sie machen jedoch den Bürgerblock der Verf. Verf. schon heute dafür verantwortlich, daß dieser Wille proletarischer Kreise durch die bisherigen Maßnahmen der bürgerlichen Vertreter vergeblich werden ist.

In dem ganzen Verhalten der bürgerlichen Parteien der Verf. Verf. erblickt die Fraktion der U. S. P. eine Kampfanlage der Bourgeoisie gegen den Sozialismus.

Soziales.

Ausgestaltung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Neuerdings sind zwei wichtige Veränderungen auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorgenommen worden: eine Erhöhung der Renten, die am 1. Juli 1920 in Kraft trat, und eine Einschränkung der Versicherungsbeiträge, die mit dem 1. August eingetreten ist. Beide Maßnahmen haben den Zweck, die Versicherungsleistungen weiter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen. Wenn man doch mit Recht behaupten, daß beispielsweise die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung am ungünstigsten sind und schon in Friedenszeiten nicht entfernt zur Befreiung des Lebensunterhalts eines Rentempfangers hinreichen, so dürfte dem jetzt!

Mit der Erhöhung der Zulagen ist eine Befreiung des Anteil der empfangsberechtigten Personen verknüpft worden. Die Zulagen erhalten nämlich nicht Rentempfangler, die auch auf Grund der Invalidenversicherung eine Rente für Vinderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel oder eine Hinterbliebenenrente beziehen. Weiter wird sie nicht Anwärtern gezahlt, die sich im Ausland aufhalten und ebenfalls nicht Gemeinden, Armenvereinen usw., welche die Renten im Wege der Ersatzrenten erhalten. Die Zulagen bilden einen Teil der „Gemeinschaft der Invalidenversicherung“, die heißt, sie werden von allen Versicherungsanstalten aus dem gemeinsamen Vermögen getragen. Das näher regelt das Reichsversicherungsamt. — Es waren bei der Reichsregierung Entwürfe auf eine viel weitreichendere Erhöhung der Renten — auch von den Versicherungsanstalten selbst — eingegangen, doch sind sie leider mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse abgelehnt worden.

Die Beitragserhöhung macht sich notwendig, weil die Versicherungsbeiträge infolge der durch die Arbeitsverhältnisse eingetretenen großen Rentenerhöhung ungeheure Kosten zu tragen haben. Im Jahre 1919 mußten die meisten Versicherungsanstalten aus ihren Vermögensbeständen erhebliche Zuschüsse zu den laufenden Ausgaben machen. Würde hier nicht eingegriffen worden, würden viele Versicherungsanstalten dem Bankrott entgegengehen. Große Aufwendungen bringen vor allem die für die Invalidenversicherung (für die Invalidenversicherung) die zahlreichsten Beitragsrenten usw. Die Versicherungsanstalten erlauben in einer Einmütigkeit eine Vermehrung der Beiträge. Sind doch gegenwärtig in der Invalidenversicherung nur fünf Schichten vorhanden, die höchste macht die Arbeiterklasse mit mehr als 1150 Pf. jährlich. In Anbetracht weiterer Klassen mit entsprechend geringeren Beiträgen würde eine große Erhöhung drängen. Das hat die Reichs-

Die Vertreter der U. S. P. wissen sich mit dem Proletariat des Freistaates Danzig eins in dem Gedanken, daß auch papierene Verfassungen den Sieg des Sozialismus nicht aufzuhalten vermögen. —

Abg. Dr. Panetti (Poie) erklärte im Austrage der polnischen Fraktion: Angesichts dessen, daß alle wesentlichen Entwürfe der polnischen Fraktion zur Verfassung mit überwältigender Mehrheit dieser Hauses abgelehnt worden sind, hält es die polnische Fraktion für unmöglich, ihre Entwürfe in der dritten Lesung durchzuführen. Sie verzichtet demnach, in der dritten Lesung ihre Entwürfe zu wiederholen.

Nach Abgabe der Erklärungen verließen die Unabhängigen — aber nicht alle! — demonstrativ den Sitzungssaal.

Dem parlamentarischen Brauch zufolge trat das Haus zunächst in die Generaldebatte ein.

Abg. Dr. Raithel (Deutschnall.) sprach als erster Redner, Er stellte die Ueberflüssigkeit fest, daß das Verfassungswerk in zweiter Lesung mit — großer (!) Mehrheit angenommen wurde, bedauerte jedoch, daß die Annahme nicht einstimmig erfolgte. (Zuruf des Gen. Orlowski: „Das lag nur an Ihnen!“) Nach der hierhergehenden Ansicht des Redners hat sich die Sozialdemokratie ohne Grund von der Mehrheit abgesetzt. Die Verfassung sei auf demokratischer Grundlage aufgebaut. (Gelächter bei den Soz.) für die Deutschen seien beim Ausbau des Verfassungswerkes vier Punkte maßgebend gewesen: 1. eine starke Staatsgewalt, 2. Wahrung des deutschen Charakters Danzigs, 3. Wahrung der Religion, 4. Ausschöpfung der sozialen Gegensätze. Die deutschnationale Partei sei für die grundsätzliche, jedoch gegen die mechanische (!) Gleichstellung der Geschlechter! Die Frau dürfe nicht noch mehr aus der Familie herausgenommen werden. Die alte Weltanschauung sei wankend geworden. Sie sei beim Zusammenbruche. (Zuruf von den Soz.: „Wollt ihr Dank!“) Die christliche Weltanschauung sei nicht mehr die herrschende. Religion, Vaterland, Familie seien wankende Pfeiler der alten Anschauung. Freie Entfaltung der Einzelpersonlichkeit sei die Forderung der neuen Weltanschauung, die im Krieg elend zusammengebrochen sei. (Zurufe.) Religion, Vaterland, Familie wären die Grundpfeiler beim Wiederaufbau. Ihrer Sicherung müsse die Verfassung dienen.

Dem hoffnungslos blickenden Vertreter dem Untergange verfallener Anschauungen folgte der Vertreter des neuen schöpferischen sozialistischen Geistes der Zukunft, Genosse Dr. Jint legte ein herrliches Bekenntnis für den Sozialismus ab und verteidigte den Standpunkt der Sozialdemokratie zu dem Verfassungswerk in marianter Rede. Wir geben sie im Wortlaut auf der ersten Seite des Hauptblattes wieder.

Dann folgte als Vertreter des eigentlichen „Geistes“ des Verfassungswerkes Abg. Kurbuski (Zentrum). Er bedauerte den Mangel an Zeit bei den Verfassungsberatungen. Die Zentrumsabgeordneten hätten gehandelt, wie ihnen von ihrem Gewissen vorgeschrieben wäre. Sie seien auch nicht zufrieden gestellt. Man hätte gern eine größere Mehrheit für die Verfassung gehabt. Das sei an den weitgehenden Forderungen und der Unnachgiebigkeit der Sozialdemokratie gescheitert. Die Zentrumsabgeordneten ständen als vorläufige Leute auf dem Boden der Realitäten.

Abg. Kubacz (Poie) erklärte, daß die Verfassung nicht auf demokratischer Grundlage aufgebaut, sondern ein reaktionäres Kompromißwerk sei. Das Zentrum habe dabei die konfessionelle Schule erzwungen. Die Demokraten hätten alle Demokratie ausgegeben und keinen Preis dafür erhalten. Die Verfassung müsse so sein, daß jeder Artikel die Zustimmung der Mehrheit des Volkes finde. Das Verfassungswerk ist eine Kampfanlage gegen die Linke. Ohne die Sozialdemokratie werde man niemals regieren oder Gesetze beschließen können. Durch die Verfassung sind die sozialen Gegensätze verhärtet worden. Redner wandte sich dann gegen die deutsche Amtssprache. Die Polen dächten gar nicht daran, Danzig zu polonisieren.

Um 4 Uhr vertagte sich das Haus, um heute nachmittags 2 Uhr mit der Spezialberatung zu beginnen.

gesetzgebung zunächst nicht getan, weil eine solche Gesetzesänderung viel Vorarbeiten erfordert und auch sonstige Maßnahmen zur Folge gehabt hätte. Man hat deshalb die Lohnklassen wie bisher belassen und nur die bisher üblichen Beiträge erhöht.

Diese betragen vom 1. August d. Jts. an: in der 1. Lohnklasse 90 Pf. (bisher 18 Pf.), in der 2. Klasse 100 Pf. (zuletzt 26 Pf.), in der 3. Klasse 110 Pf. (bisher 34 Pf.), in der 4. Klasse 120 Pf. (bisher 42 Pf.) und in der 5. Klasse 140 Pf. (bisher 50 Pf.). Die Erhöhung in den unteren Klassen ist größer als in den oberen. Das ist allerdings etwas unsozial, doch ist zur Entschuldigung vorzubringen, daß die neu eingeführten Steuerzulagen in allen Lohnklassen gleich hoch sind. Da die Steuerzulagen etwa zwei Drittel der Gesamrente ausmachen, ist eine große Annäherung der Rentehöhe in den einzelnen Lohnklassen eingetreten, die auch eine größere Gleichmäßigkeit der Beiträge rechtfertigt. Damit wird auch der große Uebelstand, daß ein sehr erheblicher Teil der Versicherten notorisch zu Unrecht in zu niedrigen Klassen versichert ist, etwas gemildert.

Trotz der Beitragserhöhung wird die Beitragseinnahme, die im Jahre 1919 rund 280 Millionen Mark betrug, auf etwa den dreifachen Betrag, also auf etwa 850 Millionen Mark gehoben. Das sieht zwar so aus, als wäre es zuviel, auf Grund der versicherungsmathematischen Berechnungen reicht die Mehreinnahme aber gerade hin, um die augenblicklichen Ausgaben zu decken. Eine weitere Verbesserung der Renten müßte auch eine weitere Steigerung der Beiträge zur Folge haben. — Für die Zeit nach dem 1. August 1920 dürften Renten in den bisherigen Werten nicht mehr verwendet werden. Ungültig gemordene Renten können binnen zwei Jahren nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer bei den Rentenverkaufsstellen (Postämtern) gegen gültige Renten im gleichen Geldwert umgetauscht werden.

Parteinachrichten aus Danzig.

Heimabend der Arbeiter-Jugend. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Weichmündchen-Platz, gasse 1/2, ihr Heimabend statt. Die Randalmentenpieler werden besonders eingeladen.

8. Bezirk (Niederstadt, Spelcherinsel und Ruelpad).

Am Donnerstag, den 12. August, abends 6 1/2 Uhr findet bei Kaminski, Gr. Schwarzengasse 18, eine

Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereines statt.

Thema: „Bodenreform und Sozialismus“.

Referent: Dr. Kammer.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Danziger Nachrichten.

Simultan- oder Konfessionschule.

Man schreibt uns aus Lehrerkreisen: Der Protest der großen Mehrheit der Danziger Lehrer und Lehrerinnen in Stadt und Land und die sozialistischen Anträge haben leider nicht vermocht, die zweite Lesung der Schulparagrafen (Artikel 101) in unserer zukünftigen Verfassung irgendwie zu beeinflussen, obgleich vor den Wahlen grundsätzlicher Gegner der Simultan- oder Konfessionschule von allen deutschen Parteien nur das Zentrum war, während sich in den Reihen der Deutschnationalen (auch heute noch!) viele persönliche Freunde dieser Schulart fanden. Die Parteien aber, die in ihrem Programm unabweislich die Simultan- oder Konfessionschule forderten und in den nachfolgenden Beratungen ihrem Grundsatze untreu geworden sind, werden, wenn sie ihre Stellung nicht noch in der letzten Minute ändern, nie die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß die Schule ihnen ein Laufschiff für andere, angelegentlich höhere Werte gewesen ist. Wie reimt sich das zusammen mit der in den weitesten Volksteilen verbreiteten und von allen Parteien vertretenen Ansicht, daß eine Besetzung unserer Vorklassen nur möglich ist durch vermehrte Bildung und Erziehung? Wie will man die aber erreichen, wenn man sich nicht entschließen kann, eine Organisation zu schaffen, die in jedem Orte und unter allen Umständen den bestmöglichen Ausbau der Schule gewährleistet?

Die Frage „Simultan- oder Konfessionschule?“ erscheint übrigens in einem neuen Lichte, wenn wir die Ausführungen der Zentrumsredner zur Schulfrage unter die Lupe nehmen. Nach ihnen hat das Zentrum, wenn es die konfessionelle Schule verlangt, durchaus nicht die Absicht, evangelische, katholische, jüdische und nichtchristliche Disfidentenschulen zu schaffen, sondern für diese Partei bedeutet die konfessionelle Schule (das will sagen: katholische) Schule, die ihrer Weltanschauung entsprechende Schulrichtung, also eine Weltanschauungsschule. Folgerichtig ist die Partei allerdings bereit, jede andere Art von Weltanschauungsschulen zuzulassen, nur nicht die **+++ Simultan- oder Konfessionschule!**

Daraus ergibt sich aber, daß einerseits „evangelische“, „katholische“ und „jüdische“ Schule (also konfessionelle Schulen) (schlecht) und andererseits „Simultan- oder Konfessionschule“ keine gleichlaufenden Begriffe sind. Denn weder die evangelische und die jüdische, noch die Simultan- oder Konfessionschule sind als Weltanschauungsschulen anzusprechen. Wenn nun andere Parteien in gleicher Weise und mit dem gleichen Recht wie das Zentrum die Weltanschauungsschule fordern würden, so fragt es sich, wie man dann eine Einrichtung schaffen will, die allen Teilen der Bevölkerung gerecht wird und auch an die Kinder denkt, deren Eltern nicht auf dem Boden einer Weltanschauungsschule stehen. Wo bleiben dann die Kinder, deren Eltern zwar nicht Zentrumsanhänger, aber doch nicht die schlechtesten Katholiken sind, und wo läßt man die kleinen Lutheraner, die nicht gerade zuviel, aber immerhin doch etwas von dem Glauben ihrer Väter lernen sollen.

Unser Ländchen ist auch nicht so groß und die Bevölkerung so verschieden geartet, daß man wie im Deutschen Reich sich gezwungen fühlen könnte, auf die Forderungen und die Zusammenlegung der Bevölkerung einzelner größerer Gebiete besondere Rücksicht zu nehmen. Wenn also nicht künstlich Aufregung und Zwiespalt in unser Schulwesen hineingetragen werden soll, so bleibt nur ein Weg: eine Schule zu schaffen, die allen Forderungen gerecht wird, die jede Konfession als solche zu Worte kommen läßt, auch für Disfidenten ein Wächchen hat, und die durch Erziehung zum selbständigen Denken und Urteilen jedem Kinde das geistige Rüstzeug gibt, sich später unbeeinträchtigt — und doch immer noch zeitig genug — für eine Weltanschauung zu entscheiden. Und das vermag nur die Simultan- oder Konfessionschule.

Das sollten auch die bürgerlichen Parteien ermägen, ehe sie in der Schulfrage eine Entscheidung von so weittragender Bedeutung fällen, zumal auch die „Danziger Zeitung“ in ihrer Nr. 337 vom 7. August 1920 schreibt: „Wir möchten schon heute betonen, daß das von der Mehrheit der Verfassunggebenden Versammlung beschlossene Kompromiß den berechtigten Wünschen weiter Kreise nicht entspricht. Die an die Wand gemalten Gefahren sind nicht so groß, als daß man sich nicht hätte klar für die Simultan- oder Konfessionschule erklären können. Das sollte man vor der dritten Lesung noch rechtlich erwägen.“

Die Hege gegen den Polizeipräsidenten

wird auch von der demokratischen „Danziger Zeitung“ heute frisch aufwendig mißbilligt. Das Blatt stellt fest, daß im erweiterten Staatsrat die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Polen mit 3 Stimmen gegen die Demissionierung des Polizeipräsidenten gestimmt hätten. Dagegen hätten sich vier Reaktionäre, mit Einschluß des „Demokraten“ Dr. Königs, für die Entfernung Früngels ausgesprochen. Dazu sagt die „D. Z.“ unter dem bemerkenswerten Titel: „Frügel, der Sündenbock“:

„Eine Stellungnahme zu diesem Beschluß behalten wir uns vor. Schon heute aber sei gesagt, so behauerlich die Vorgänge an dem schwarzen Donnerstag auch waren, so sehr scheint man nun über das Ziel hinauszuschießen, wenn man für sie allein den Polizeipräsidenten Frügel verantwortlich machen will.“

Der deutschnationalen „Danziger Allg. Ztg.“ scheint es bei der „großen Mehrheit“, die im erweiterten Staatsrat — nach vorher wohl präparierten Mienen, wie der deutschnationale Einleger in unserer Montagsausgabe feststellte — die Entlassung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten forderte, selber unheimlich geworden zu sein. Nur so ist es zu erklären, daß das reaktionäre Blatt gestern in einem Artikel „Sozialistische Rabulistik“ dem deutschnationalen Präsidenten des Volkstages Dr. Reinhard mit wahrer Lobesverachtung gegen Frügel heizuprügeln versucht. Sie will eine Lücke in der auch von uns wiedergegebenen Erklärung des Polizeipräsidenten finden. Dieser soll nicht nur, wie es heißt, daß Dr. Reinhard den Schutz der Verhandlungen des Volkstages gefordert habe, wenn er auch die Befehle des Hauses abgelehnt. Und für diesen Schutz soll Frügel nicht genügend gesorgt haben. So schreibt das Leitblatt des „Volkstages“ von Kamke, der als Vorgesetzter Früngels sämtliche von diesem vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen billigt hat und dazu oberster Kommandeur der Sicherheitspolizei ist, mit der der Polizeipräsident als Vorgesetzter gar nichts zu tun hat!

Das ist so die Hege der „Reaktion“, mit denen man gegen den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten heilt, weil es gar keinen Deutern noch ärmer als Lobhudele will, daß ein sozialdemokratischer Arbeiterführer den Präsidentenstempel am

Ärternwall eintränkt. Doch man soll nicht glauben, daß die Arbeiterschaft und das Bürgertum diesem Treiben gleichgültig gegenüber stehen. Die eine einzige Stimme „Mehrhheit“ im erweiterten Staatsrat ist noch lange keine Mehrheit der Bevölkerung. Die Stellungnahme der „D. Z.“ beweist klar, daß die unbedingte Mehrheit der Danziger für Frügel ist. Und dann soll man beachten: Nur auf dem festen Fundament des Rechtes und der Gerechtigkeit ist heute ein ersprießliches Wirken der Polizei möglich! Ein Präsidiensturz aus Ränke und Großmarnschucht müßte ganz anders wirken.

Sabotierung der Getreidernie.

Der Mitgliederversammlung der Metallarbeiter des Gewerksvereins (G. V.), die am Montag im Gewerkschaftshaus stattfand, wurde aus zuverlässiger Quelle bekanntgegeben, daß bei einzelnen Besitzern im Freistaat Danzig noch große Staken mit vorzüglichen Getreide vorhanden sind. Die Versammlung sah daher eine Entscheidung, in der es heißt: „Bei der furchtbaren Not an Brotgetreide im Freistaat Danzig, und da bei den namhaft gemachten Besitzern kein Rohlenmangel noch Arbeitermangel zu verzeichnen ist, weil die Güter der Ueberlandzentrale angeschlossen sind, ist es auf das Schürste zu beruhten, daß noch große vorzügliche Getreidevorräte im Freistaat Danzig vorhanden sind, die nicht der Bevölkerung zugeführt werden. Wir ersuchen das Wirtschaftsamt, alle Schritte zu tun, um diese Vorräte zu beschaffen, wenn eigenartige Bestrebungen bei den in Frage kommenden Besitzern vorliegen sollten. Die Namen der Besitzer sind dem Wirtschaftsamt angegeben.“

Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereins.

Am Freitag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, in der Maurerherberge, Schäffeldamm:

Vertrauensmännerführung.

Redner: Volkstagsabgeordneter Genosse Woelf. Erscheinen aller Vertrauensmänner ist notwendig.

Beschränkte Einreise nach Danzig.

Seit gestern werden nach den Gebieten der Freien Stadt Danzig Personen, die aus Polen kommen und keine Ausweise besitzen, die die Dringlichkeit der Reise nach Danzig aufweisen, nicht mehr zugelassen. Diese Verfügung ist infolge des Wohnungsmangels und der Ernährungsschwierigkeiten, mit denen Danzig infolge des starken Zustromes polnischer Flüchtlinge zu kämpfen hat, hervorgerufen worden. Diese Verfügung betrifft nicht die Emigranten, die mit den notwendigen Dokumenten und Bissen versehen sind.

Keine Ostpreußenzüge nach Danzig.

Der Eisenbahnverkehr nach und von Ostpreußen nach Danzig ist wieder unterbrochen. Sowohl der Frühzug D 1 Berlin, ab Stettiner Bahnhof 8.04 Uhr vormittags, als auch die Abendzüge D 3 ab 5.51 und 6.10 nachmittags, ebenso die entsprechenden Gegenzüge sind von gestern ab fortgefallen. Personen- und Postverkehr nach Ostpreußen wird wieder auf dem Seewege über Swinemünde nach Pillau geleitet. Welche Gründe die Polen für die Verweigerung der Durchfahrt dieser Züge angeben, ist nicht bekannt. Es ist hohe Zeit, daß endlich eine Volkstagsabstimmung in Danzig und Pommern über die Entscheidung, ob diese unerträglichen Zustände noch länger andauern sollen.

Abgelehnte Revision im Pusdrowski-Prozess.

Das Obergericht hat gestern die von den zum Tode verurteilten Mörderin Geschwister Hedwig und Bernhard Pusdrowski eingeleitete Revision verworfen. Es bleibt somit bei den Todesurteilen, über die wir uns mehrfach geäußert haben. Das Obergericht wies auch den Einwand der Revision zurück, daß Frau Kandel verurteilt werden mußte, weil sie tatsächlich nicht die Verlobte des Bernhard P. gewesen sei. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß strafrechtlich auch dann ein die Verurteilung ausschließendes Verdictnis angenommen werden könne, wenn es zivilrechtlich noch nicht bestanden habe.

Kapellmeister Rud. Schildbach von der Poppoter Kapelle hat am kommenden Sonntagabend seinen Ehrenabend. Im Mittelpunkt des Konzertes, das von dem gesamten Ausrüstungsorchester ausgeführt wird, steht Beethoven's V. Symphonie. Die Opernsängerin Hilde Baumgart wird acht Stücker von Richard Wagner singen. Aus dem wertvollen Programm seien noch hervorgehoben die Chorale-Quartette, die Lantzenhauer-Quartette und „Hohes Liedestück“.

Johannes Straßburger, der weltbekannte und berühmte Zeitist, hat es möglich gemacht, trotz aller widrigen Verhältnisse, nach Danzig zu kommen. Was es heißt, unter den heutigen Umständen ins Ausland zu reisen, weiß wohl ein jeder zu schätzen. Er wird ein Restitutionsprogramm zur Schau bringen, in dem jede Nummer eine Weltattraktion ist. Im übrigen reisen wir auf die jeweils erscheinenden Anzeigen.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen. In der heutigen Nummer werden erneut Straßen aufgerufen, deren Umgehaltungen am Donnerstag, den 12. August, in den aus der Bekanntmachung ersichtlichen Ausgabestellen neue Hauptmarkenbogen in Empfang nehmen können.

Abholung der Brot- und Mehlkarten. Die Bäder, Brot- und Mehlhändler haben die am Sonntag sowie Anfang nächster Woche zur Ausgabe gelangenden Brot- und Mehlkarten von der Rahrungsministerialverwaltung, Pfefferstraße 33/35, abholen zu lassen, und zwar: die Bäder, Brot- und Mehlhändler, deren Firmen die Langsackstraßen 1-2 führen, am Freitag, den 13. August und die, deren Firmen die Langsackstraßen 3-8 führen, am Sonnabend, 14. August, in der Zeit von 7-9 Uhr.

Für die Butterhändler. Die Butterhändler haben Begungsscheine für Schmalz am Donnerstag, den 12. August, in der Zeit von 1 1/2 bis 3 1/2 Uhr, von der Mehlreifeitung, Lohrner Wiesen, Gleichberg, Hülgel 7, Zoonpartier rechts, abholen.

Diebstahl von Geld. In Konstantinowka, im Rostow'schen Paulgraben 2/3 ist in der Nacht vom 6. zum 7. ein Einbruchdiebstahl verübt worden, wobei Waren im Werte von circa 3000 Mark gestohlen wurden. Als Täter ist der Arbeiter Bruno Garff von hier, ohne feste Wohnung, ermittelt und festgenommen worden. Ueber den Verbleib der gestohlenen Sachen will er keine Angaben machen. Ferner hat er am 4. August aus dem Gangster Paulgraben 2/3 ein Bett im Werte von 2000 Mk. entwendet und damit die Nacht ergriffen. Bei der Flucht warf er aber das Bett fort, das dem Eigentümer zugestellt werden konnte.

Die zur Einziehung aufgerufenen Wechsel, die bis zum 10. September 1920 nur noch von der Reichsbankausgabe in Berlin eingelöst werden, werden von der Reichsbank von diesem Tage ab überhaupt nicht mehr eingelöst. Am 10. September 1920 endet für die Reichsbank die Einlösungspflicht der Wechselnoten vom 20. Oktober 1918.

Beschwundene polnische Greisin. Am 10. August ist eine aus Polen zugewanderte alte Dame von 76 Jahren, Stefania Hromowicz, mit ihrer Tochter auf dem hiesigen Bahnhof angekommen. Während sich die Tochter in die Stadt begab, die Mutter mit dem Gepäck auf dem Bahnhof zurückließ, ist die alte Dame mit Gepäck verschwunden. Es wird angenommen, daß die alte Dame, welche der deutschen Sprache nicht mächtig ist, irgendwo umherirrt oder vertrieben ist. Bekleidet war dieselbe mit schwarzem Rock, langem schwarzen Jackett und schwarzer Kappe. Einwaise Angaben über den Aufenthalt bzw. Verbleib erbittet die Kriminalpolizei.

Diebstahl einer goldenen Herrenuhr. Eine polnische Goldschmiedmeister ist während der Fahrt mit der Straßenbahn Danzig-Bangschuh eine goldene Kapelluhr mit Porzellan, Renegonram G. F. auf dem Deckel zu beiden Seiten Sonnenstrahlen im Werte von 5000 Mark gestohlen worden. Für die Ermittlung der Uhr und Rette werden von dem Bestohlenen 1000 Mark Belohnung angeboten. Einwaise Angaben nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Beschlossenes Briefstache. Dem Kaufmann Schütz, der auf dem Dominik Gangarten in einer Fude mit Ware aussteht, haben 8 Täter das Geld durchschnitten und eine Briefstache mit 1700 Mk. entwendet. Die Täter sind die Arbeiter Ernst Lulpan, Stolzenberg und Johann Reimann, Pienergasse vom Zeugen wiedererkannt und durch die Kriminalpolizei festgenommen worden.

Polizei-Bericht vom 11. August. Verhaftet: 89 Personen, darunter: 2 wegen Diebstahl, 1 wegen Urkundenfälschung, 1 wegen Landfriedensbruch, 1 wegen Fälschung von 24 in Polizeihalt. — Gefundene: 2 Schiffe am Bande, 8 Schiffe am Ringe, 1 runde Brosche mit Photographie, abgehoben aus dem Fundbureau des Polizeipräsidenten, 1 Br. Portemonnaie mit Geld und Bahnticketsarten Tiegenshof pp., abgehoben vom Bediensteten Herrn Litzner, Pienergasse 1.

Standesamt vom 11. August 1920.

Todesfälle: 2 des Schuhmachers Johann Rowalewski, 6 M. — Eigentümers Viktor Wendt, 51 J. 5 M. — E. des Schlossers Eduard Korige, 6 M. — Frau Frieda Holz geb. Blah, 33 J. 4 M. — Schiffsführer Paul Holz, 36 J. 6 M. — Invalide Franz Ploch, 66 J. 6 M. — Frau Therese Hebel geb. Woiak, 27 J. 7 M.

Wasserstandsnotizen am 11. August 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Jawlschhof	1,75	—	Kurzbrack	2,43
Barthau	1,77	—	Montanerpöhe	2,10
Schönau	—	—	Dieckel	2,14
Balsenau	—	—	Dickau	2,54
Neuhorstbuck	—	—	Einlage	2,62
Thorn	1,64	1,37	Schlewenhock	2,70
Ferhan	1,62	1,46	Wolfsdorf	—
Culm	1,68	1,40	Anwachs	—
Grauborn	2,94	1,62		

Aus dem Freistadtbezirk.

Gemeindevortretterführung in Liza. Am Donnerstag, den 12. August, nachmittags 6 Uhr, fand im Rathaus zu Liza eine geheime Gemeindevortretterführung mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Angelegenheit betr. die Gemeindevortretterstelle, 2. Bestätigung des Gemeindevortretter vom 1. Juli betr. das Steuerprekrieß der Premiten. — Seit Montag, den 9. August, ist der Bürgermeister Wind in Urlaub gegangen.

Aus dem deutschen Osten.

Zusammenstöße mit Italienern in Kienstein.

Zu einem bedauerlichen Zwischenfall kam es am Dienstag nachmittag, als mehrere betrunkene italienische Soldaten durch die Stadt zogen und von Beamten der Sicherheitspolizei zur Ruhe angefordert wurden. Im Verlauf des Wortwechsels brachte ein italienischer Soldat einem Sicherheitsbeamten durch zwei Dolmetscher in den Hals schwere Verletzungen bei. Die angeschuldete Menge ergriff gegen die Italiener Partei und entwickelte sich eine Schlägerei. Der Verletzte wurde von einem Langsamkommenden italienischen Offizier festgenommen und in Gewahrsam gebracht.

Kienstein, 10. Aug. (A. S.) Die von zuständiger Seite mitgeteilt wird, erfolgt der erste Abtransport der Italiener aus Kienstein am Mittwoch früh. Der ursprünglich für heute angelegte Beginn des Abtransportes mußte aus verwaltungsmäßigen Gründen verschoben werden.

Letzte Nachrichten.

Schärfere Tonart der Petersburger Bolschewiki.

Kopenhagen, 10. Aug. Die „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors meldet, schloßen die bolschewistischen Bolschewiki in Petersburg gegenüber Polen einen weit schärferen Ton an, als die Regierungsorgane in Moskau. Die Petersburger Blätter fordern, daß das bürgerliche Polen nicht widerstand leistet, während die Moskauer Blätter erklären, daß die Sowjetregierung sehr wohl mit einem bürgerlichen Polen Frieden schließen könne.

Die polnischen Parlamentäre an der russischen Linie. Amsterdam, 10. Aug. „Telegraaf“ meldet aus London: Die polnischen Parlamentäre haben gestern abend die russische Linie passiert.

Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages. Paris, 10. Aug. (A. S. B.) Der türkische Friedensvertrag ist heute nachmittags in Sevres unterzeichnet worden.

Chefredakteur des „Danziger Volksboten“: Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Bartel, für den unpolitischen Teil: Ernst G. G. für die Inserate: Bruno G. G. Druck und Verlag: J. G. G. & Co., Danzig.

Wemterschiebung.

Mit diesem Ausdruck bezeichnet eine Zuschrift, die durch alle rechtsstehenden Blätter geht und angeblich aus Ostpreußen stammt, die Ablegung einiger Landräte, die sich absolut nicht in die neue Zeit hineinfügen können. Es fehlt natürlich in diesem Artikel nicht an heftigen Angriffen auf den „Wemter gegen die Landwirtschaft“, den Genossen Braun, und seinen Kollegen, den Genossen Sperling. Reiden Genossen, die sich in besonders hohem Maße den Jörn der Junter unterworfen haben, wird der Vorwurf gemacht, daß sie nur ein Haas gekümmert worden und jeder hätte auf seinem Felde haben können. In der ersten Zeit der Revolution war man über diese Wäde außerordentlich erfreut, da man ganz etwas anderes erwartete hatte. Nach und nach aber übte man sich und mag seine Bezeichnung, die sich sofort gegen

die Republik richtet, offen zur Schau. Wir haben dagegen nicht das geringste einzuwenden, sondern haben jedem Staatsbürger, auch dem Beamten, das Recht der freien Meinungsäußerung zu. Was wir uns aber verbitten müssen, das ist die offene Sabotage, die in gewissen Kreisen unter fruchtbarster Ausnutzung der amtlichen Stellen gegen die Republik getrieben wird. Wer das nicht lassen kann, hat im Beamtenkörper des Reiches sowie der Einzelstaaten nichts zu suchen und muß die Konsequenzen ziehen; tut er das nicht, dann wird eben die Regierung die nötigen Schritte unternehmen müssen, um den Schädling zu entfernen.

Im übrigen erscheint uns nach dieser Zuschrift die Klage über die Amtsenthebung der Landräte völlig unangebracht zu sein. Der Einlander, vermutlich ein ostpreussischer Großgrundbesitzer, betont nämlich ausdrücklich, daß „der jetzige vorformene Parteistaat solcher Männer nicht wert“ ist. Wenn man das endlich eingesehen hat, warum trängt man sich dann immer noch mit so großem Eifer an die Staatsstelle, und warum erhebt man keinen lautstarken Protest gegen die bewährten Beamten, die nicht wert sind, dem jetzigen Staat zu dienen, aus seinen Diensten entläßt.

Eigentümlicherweise richtet sich seit einiger Zeit die ganze Wucht der reaktionären Angriffe, ebenso wie die der Unabhängigen nicht mehr so sehr gegen die Reichsregierung, als

gegen die preussische Regierung. Das erscheint uns als ein Beweis dafür, daß man die ganze Hege vor dem 6. Juni gegen die Reichsregierung nur wegen der darin stehenden Sozialdemokraten inszeniert hat. Im Reich hat man sie „erledigt“ und nun will man in Preußen dasselbe Ziel erreichen. Nachdem aber auch die bürgerlichen Regierungsparteien zeigen, daß sie im Reich ebenso wenig ändern können als die Koalitionsregierung, braucht uns vor dieser Hege nicht bange zu sein. Wie das deutsche Volk, so wird auch besonders das preussische erkannt haben, daß hinter dem besondern Beschimpfe und der blöden Hege nichts, aber auch rein gar nichts steht. Trotz der unaufhörlichen Angriffe wird die kommende Wahl in Preußen deutlich zeigen, daß die Arbeiterklasse und weite Kreise des Bürgertums sich nicht wieder irreführen lassen. Die Junter Ostpreußens sind auf dem Holzwege, wenn sie glauben, daß schon recht bald ihre Zeit wiederkommen wird. Sie haben ein für allemal verpöcht und werden mit noch so viel Lüge und Verdrehungen die Sympathien des Volkes nicht wieder gewinnen können. Das wird um so weniger möglich sein, als die preussische Regierung mit Energie fortfährt, ihren Verwaltungsapparat von unzuverlässigen Elementen zu säubern und seine Demokratisierung zu beschleunigen.

Ämliche Bekannmachungen.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen.
Am Donnerstag, den 12. August werden abgesetzt:

in der
Ausgabeblätter: die Hausstellungen
der Straßen:
Lunhale der Schule Sektion Ohs.
Schulengasse: Sagen,
Molk,
Brandgasse 1-10.

Mädchenhule Frank-
graben: Im Dimaer Tor,
Im Sande,
Im Spandhaus,
Im Steit.

Mädchenhule Weiden-
gasse 61: Berbarahospital,
Berbarahof,
Sektion Eshorn,
Blieshof mit ...

Schiffh, Mädchenhule
Rektorweg: Alte Sorge,
Brunnengang,
Dümelkau,
Kleine Melbe,
Kirchenweg.

Anabenhule Baum-
gartische Gasse, Eingang
Kehrwiedergasse: Wilsdd. Grab. 21-60

Rechtshul, Mittelshule
Gertrudengasse: Bilschberg.

Mädchenhule Langfuhr,
Bahnhofstraße: Im Johannisberg.

Anabenhule Langfuhr,
Bahnhofstraße: Brunshöfer Weg 1-35

Neufahrwasser, Mädchen-
hule Salperstraße: Einradstraße,
Fischerstraße,
Freundlichkeitsstraße.

Brölen, bei Herrn Gerold:
Cecilienstraße,
Lonecstraße.

Heubude, Albrechts Hotel:
Wilschottland, Evangel.
Schule: Boltengasse,
Grauer Weg.

St. Albrecht, Schule Kem-
nabergang: Pfardorf,
Traufgang.

Die alten Nahrungs- und
bogen sowie die Ausgabe sind vorzulegen.
Die Dienststunden sind von 8-2 Uhr, in
Brölen von 9-1 Uhr, Heubude und St. Albrecht
von 9-2 Uhr.

Danzig den 11. August 1920. (1975)
Der Magistrat.

Schwangeren-Fürsorge.
Beratungsstelle
für schwangere Frauen und Mädchen
Sandgrube 914.
Die Beratung ist kostenlos.
Sprechzeit: Jeden Freitag von 5-7 Uhr nachm.,
in besonders dringenden Fällen: wochentags
von 4-5 Uhr nachmittags bei dem Frauenarzt
Dr. Kowacki, Langfuhr, Hauptstraße 48, 2 Tr.
Jugendamt. (1045)

Wohlbehalten mit Genuß
der rein schädelt **Schnupftabak**
aus der **Schnupftabakfabrik** von
Julius Gosda, Danzig, Spandhauser
Ecke Hähnergasse 5 und 2, Drieberggasse 5.
Neue Bezugsquelle für Wiederverkäufer. (787)

Institut für Zahnleidende
Erich Mewald & Dr. med. Reinberger
Spezialisten für Zahn-
krankheiten
Friedrichstraße 714
Sprechzeit v. 8-7 Uhr, Sonntags v. 9-12 Uhr.
Zahnarbeiten in **Platin** und **Gold** in höchster
technischer Vollendung. Zahnfüllungen usw. zu der
bekannt billigsten Kostenberechnung.
Ankündigungen über schmerzloses Zahnziehen. Be-
stellung künstlicher Zähne, Zahnziehen kostenlos.
Spezialität: (205)
Festest-Reform-Gewiß (D.R.P. 200603) plattenlos.
Behandlung v. Auswüchsen mögl. in einem Tage.

Neues Operetten Theater
(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Benschmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstedt.
Heute Mittwoch, den 11. August
abends 7 1/2 Uhr

Die Schönste von Allen
Operette in 3 Akten
von Georg Odenkowsk.
Musik von Gilbert.
In Vorbereitung:
„Die Dame vom Zirkus“
Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr
bei Kodlin, Langermarkt 23 und von
10-3 Uhr im Warenhaus Freymann.
Sonntags v. 9-2 an d. Theaterkasse

Kassendauer 8 1/2 Uhr.
Rauben verboten.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Zoppoter Stadttheater.
Mittwoch, den 11. August: **Geschlossen.**
Donnerstag, den 12. August, abends 7 1/2 Uhr:
„Miss Dudelsack“
Operette in 3 Akten von Rudolf Nelson.
Freitag, den 13. August: „Die Büchse der Pandora“.
Zum letzten Male bei ermäßigten Preisen. (1977)

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen**
Geküßelstraße Jopengasse 24.
Mitgliederversammlung
Sindet am Freitag, den 13. August, abends 6 Uhr
im Bildungsbereitschafts-Hintergasse 16 halt.
Tagesordnung:
1. Befähigung der Wahl des Kassiers und des
Schriftführers. 2. Geküßelbericht. 3. Rüländerbericht
4. Rechnungsbericht. 5. Bericht über den Bundeskongress in
Büdingen. 6. eingegangene Anträge. 7. Verschiedenes
Anwesen: Mitgliederkarte oder Aufnahmekarte
Der Vorstand: G. Witt. (1976)

Lavarel (1879)
Shampoo
stark schäumend
Überall erhältlich
Einführungspreis 1.- M. pro Paket.

Wir empfehlen folgende
Vorwärts-Bücherei
Ich bekenne. Von Clara Müller-Jahrke 6.-
Der Gonesstäterer. Von A. Ger. 5.-
Erweckt. Von A. Ger. 5.-
Im Heiterheit. Von Otto Ludwig 5.-
In der Tod getrieben. Von Ernst Prezzang 4.50
Verschrobene Volk. Von Robert Ortusch 4.50
Prinzipienreiter. Von Wilhelm Bies 4.50
Pariser Garten. Von Minna Karasky 4.50
Das Land der Zukunft. Von Leo Kobsch 4.50
Verbrechergezeiten 5.-
Die Marktentwerfer. Von Erke-ant-
Chaman 3.-
Erzgebirgisches Volk. Von A. Ger. 3.-
Nacel, das Karren. Von E. Prezzang 3.-
Der Ausweg. Von E. Prezzang 3.-
Metzer. Von Perch 3.-
Der Morgen grant. Von M. Andersen-Nerö 3.-
Von Weisenbau zur Fabrik. Von
Heinrich Georg Dikreter 3.-
Abzweckendecksward nach Södereraz 3.-

Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

DER GROSSE
CIRCUS STRASSBURGER KOMMT!
17.-
August 1920
Danzig-Heumarkt

Radfahrer!
Neue u. gebt Damen-
und Herren-Fahrräder mit
la Gummibereitung, Mänt-
u. Schläuchen, aus Natur-
gummi, verkaufe jetzt zu
bedeutend billigeren Preis.
Ersatz- und Zubehörteil-
billig. Reparaturen werd.
sorgt und sachgemäß aus-
geführt. (1454)
Danziger
Fahrrad-Zentrale,
Breitgasse 5.
Telephon Nr. 2701.

**Vertrauens-
sache**
ist der Einkauf von
**Herren-
Stoffen**
Gute und billige
Tuche und Futter-
stoffe zu neuen
Einkaufspreisen
Sindet man
in größter Auswahl
in dem
bekanntesten
Spezial-Geschäft
Tuchhaus
Arthur Lange
Danzig
Schuldenstraße 13-14.
Ecke u. Eing. Heumarkt.
Liefer- und Verkauf-
raum 2. Et. Tel. 1821.

+ Magerheit. +
Schnell u. Körperbauern
durch unsere orientalischen
Austwüchse, auch für Re-
konvaleszenten u. Schwache
preislich gold. Heilmittel
u. Ehrenbleim, u. 6-8
Wochen, garant. wirksam,
Ärztlich empfohlen. Streng
reell! Jede Dankschreib.
Preis Dofe 100 Stk. R. 6.
Dofe u. a. Radz. Fabrik
D. Franz Scharf & Co., G. m. b. H., Berlin W. 20, 207.
Eisenstraße 16. (1977)

**Günstigste Fahrgelegenheit
nach Deutschland**
mit dem Lloydampfer Größgott
Jeden Montag und Donnerstag
ab Danzig (Brabank) 8 Uhr vormittags
ab Zoppot (Seestag) 9 Uhr vormittags
in Swinemünde unmittelbar Zugenschluß nach Berlin, Stettiner
Bahnhof. — Ankunft dort Dienstags und Freitags 8 Uhr vormittags.
Fahrpreis: ab Danzig oder Zoppot nach Swinemünde 90.— Mk.
für die einfache Fahrt, 135.— Mk. für Hin- u. Rückfahrt (8 Tage gültig).
Kabinenplatzkarten, Liegestuhlkarten und Fahrkarten in der
Danzig, Zoppot,
Grünes Tor **BALTROPA** Nordstraße 1
Internationales Reise- und Verkehrs-Büro.
1918

Antisyllabus
Das alte und das neue Credo
Neterum censeo
Die Marsellaise des Christentums
Freidenkerische Gedichte
von Friedrich Krasser.
— Preis 1 Mark. —
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

**Filz-
Velour-
Hüte**
für Damen und Herren
werden schnellstens in unserer hiesigen Fabrik nach
neueren Formen bei sorgfältigster Ausführung
umgepresst,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhutfabrik
Hut-Basar zum Strauß
Annahmestelle
am Lawendgasse Nr. 6-7
(gegenüber der Markthalle). (8307)

Elektromotor,
1/2 PS., 220 Volt, Gleichstrom, mit Anlaffer,
preiswert abzugeben
Danziger Volksstimme,
Am Spandhaus 6.

Zur Steuerfrage
empfehlen wir:
**Führer durch das preussische
Einkommensteuer-Geleg.**
Von Arbeiterführer Rud. Wiffell.
— Preis 1 Mark. —
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Freie Turnerschaft
Danzig.**
Mädels und Jungens im
Alter von 10-13 Jahren,
die Lust haben zu turnen,
können sich am Mittwoch,
den 11. August, nachm.
3 Uhr in der Turnhalle
Kehrwiedergasse, Eingang
Böttchergasse, melden. Er-
laubnis der Eltern be-
dingung. (1977)

Fahrradmäntel
La Auslands-Ware,
p. St. 130 Mk.
Wiederverk. erh. Rabatt.
Bernstein & Comp.,
Danzig, Langgasse 80.
(1962)

Bienenhonig,
gar. rein, Pfd. 1250, 3/4
haben bei (1977)
Max Specht, Drogerie,
Heubude, Feldseestraße 22.

Nähmaschinen-
reparaturen rasch u. billig
Bernstein & Comp.,
Langgasse 80. (1749)

Volkspflege,
Gewerkschaftlich-Genossen-
schaftliche Versicherungs-
Kassengesellschaft
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Kein Polzeersatz!
— Strohstraße —
Ankunft in den Bureau
der Arbeiterorganisationen
und von der
Kehrwiedergasse 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Matteabuden 35.

Druckerei
bei Führerungen, Ballen
Gornhan, Wargen, Dofe
Rk. 3.50, Versand Grk.
Zoothek, Erfurt 501. (802)

**Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gassen!**